

INTERREG III/A Österreich-Tschechien
INTERREG III/A Österreich-Slowakei
INTERREG III/A Österreich-Ungarn

Labourmarket Monitoring (LAMO) - Arbeitsmarktmonitoring

Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Monitoringinstruments zur
regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der
EU-Erweiterung

Bestandsaufnahme projektrelevanter Studien und Umfragen

STATE OF THE ART

Mag. Marc Bittner
Dr. Michaela Hudler-Seitzberger

Wien, 2004

Dieses Projekt wird mit INTERREG III/A-Mitteln des Landes Wien gefördert
und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kofinanziert.



Gefördert aus Mitteln des
Europäischen Fonds für
Regionale Entwicklung



Magistratsabteilung 27
EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung



INHALTSVERZEICHNIS

1. Aufbau des Berichts	3
2. Einleitung	4
2.1 Qualifikationsniveau von ArbeitsmigrantInnen.....	6
2.2 Beschäftigungseckdaten aus den MOEL.....	8
3. Methodische Ansätze zur Abschätzung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials	9
3.1 Ökonometrische Methoden auf Makroebene.....	9
3.1.1 Gravitationsmodelle.....	11
3.1.2 Zeitreihenanalysen.....	11
3.2 Soziologische Methoden auf Mikroebene.....	12
4. Internationale Untersuchungen zur Abschätzung des Migrations- u. Pendelpotenzials aus den MOEL	13
4.1 Ökonometrische Studien.....	13
4.2 Soziologische Studien.....	17
5. Nationale Untersuchungen zur Abschätzung des Migrations- u. Pendelpotenzials aus den MOEL nach Österreich	32
5.1 Ökonometrische Studien.....	33
5.2 Mikroanalytische Studie aus Österreich.....	38
5.3 Schlussfolgerungen.....	41
6. ExpertInnenbefragungen zur Abschätzung des Migrations- u. Pendelpotenzials	43
7. Unternehmensbefragungen als ergänzendes Element zur Analyse des Migrations- u. Pendelpotenzials	44
8. Objektive Daten zum Bereich Arbeitsmarkt	53
9. Das Projekt „PREPARITY“	54
10. Aktuelles Projekt „LAMO“	56
10.1 Ausgangslage.....	56
10.2 Ziele und Umsetzung des LAMO-Projekts.....	59
11. Literatur	62

1. Aufbau des Berichts

Dieser Bericht bietet einen Überblick über Studien und Umfragen zur Abschätzung des Pendel- und Migrationspotenzials im Zuge der EU-Erweiterung, die für das Projekt „Labourmarket Monitoring (LAMO) – Arbeitsmarktmonitoring Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Monitoringinstruments zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung“, das mit INTERREG III/A-Mitteln des Landes Wien gefördert und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kofinanziert wird, von Relevanz sind und auf die das gegenständliche Projekt inhaltlich sowie methodisch Bezug nimmt.

Nach einer allgemeinen Einleitung, die unter anderem auch Eckdaten der Beschäftigungssituation in den Mittelosteuropäischen Ländern (MOEL) zusammenfasst, wird auf die methodischen Ansätze zur Abschätzung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials eingegangen.

Im Anschluss daran werden internationale sowie nationale Untersuchungen zur Abschätzung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials, die für das LAMO-Projekt von Bedeutung sind, dargestellt, wobei die jeweilige Problemstellung, die angewandte Methode und die Ergebnisse beschrieben bzw. diskutiert werden.

Ergänzend wird auf Studien zur Abschätzung des Bedarfs an Arbeitskräften eingegangen. Außerdem werden Ansätze zur Dokumentation objektiver arbeitsmarktrelevanter Daten vorgestellt.

Nach einer Beschreibung des Preparity-Projektes, das die konzeptuelle Ausgangsbasis des Projektes Arbeitsmarktmonitoring (LAMO) darstellt, wird abschließend das Projekt „LAMO“ sowie dessen methodischer Ansatz präsentiert.

2. Einleitung

Die Zunahme der Zuwanderung im letzten Jahrzehnt in Europa stellt mittlerweile die wichtigste Komponente des Bevölkerungswachstums in den meisten Mitgliedstaaten der EU dar.

Pro Jahr kommt es zu einer legalen Netto-Zuwanderung von beinahe 1 Mio. Personen in die EU (laut EUROSTAT 2002 betrug etwa im Jahr 2000 die jährliche Nettozuwanderungsquote 1,8 pro 1000 Einwohner und machte damit rund 65% des gesamten Bevölkerungswachstums aus), vor allem bedingt durch „push“-Faktoren wie z. B. die wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung, die neben politischer Instabilität und politischen Konflikten in den Auswanderungsländern eine der wichtigsten Ursachen für Migration ist. Nach ExpertInnen-Meinung ist diese Zuwanderung auch notwendig, um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu decken, da die Beschäftigungsquote in der EU ab 2010 sinken wird. Mehr Zuwanderung wird gebraucht werden, um geburtenschwache Jahrgänge und die Alterung der Gesellschaft und damit verbunden ein Schrumpfen des Arbeitskräftepotenzials zu kompensieren.

Die EU-Osterweiterung bringt (nach den Übergangsfristen) für Personen die Freiheit mit sich, sich überall im EWR niederzulassen bzw. erwerbstätig zu sein; somit kommt es zu einem Übergang von administrativ gesteuerter Migration (Quoten, Höchstgrenzen, Kontingente, Bewilligungen, Erlaubnisse u.a.m.) zu marktförmiger, auf Angebot und Nachfrage beruhender Migration (Gächter 2000).

Übergangsregelungen bzgl. der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit scheinen sinnvoll, um größere Schocks am österreichischen Arbeitsmarkt zu verhindern; allerdings steigt durch solche politischen Restriktionen die Gefahr einer zunehmenden Schwarzarbeit von Personen aus Erweiterungsländern, die den Arbeitgebern wenig kosten und somit das gesamte Lohnniveau drücken. Zu welchen Zeitpunkten Übergangsregelungen gelockert werden können, müssen Monitoringsysteme analysieren, die relevante Informationen für die politische Entscheidungsfindung liefern (OECD 2003).

Die generelle Übergangsfrist für die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen, die von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde, beträgt 2 Jahre, ist von den einzelnen Ländern aber maximal um 5 Jahre verlängerbar (v. a. Deutschland und Österreich verlangten dies, da in diesen Staaten befürchtet wird, dass es durch die Freizügigkeit zu einer massiven Ost-West-Wanderung kommt). Der Vorschlag der EU-Kommission vom April 2001 lautet, dass es eine allgemeine Übergangsfrist von 5 Jahren geben soll, die nach 2 Jahren einer Überprüfung unterzogen wird. Während dieser Übergangsfrist können die jetzigen Mitglieder der Union den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten national regeln. Wenn nach 5 Jahren die allgemeine Übergangsfrist endet, können Staaten, die ihren Arbeitsmarkt weiterhin schützen wollen, eine zusätzliche 2-jährige Übergangsfrist für sich beanspruchen (Fassmann/ Münz 2002).

Die bevorstehende EU-Erweiterung verursacht in weiten Teilen der Bevölkerung eine diffuse Angst, die u. a. auf der Sorge vor einem zunehmenden Migrationsdruck durch die Freizügigkeit von Personen mit einhergehenden Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt beruht.

Das Wohlstandsgefälle der MOEL („Mittel-Ost-Europäische Länder“) gemessen am pro-Kopf-Einkommen gegenüber der EU-15 ist noch um ein Vielfaches höher als bei der Süderweiterung der EU.

Gerade das Einkommensdifferenzial wird meist als das ausschlaggebende Motiv für Migration angeführt, wenn „gewaltige“ Wanderungsströme (geschätzte 4-6 Mio.) befürchtet werden, die zu einer Verdrängung der heimischen ArbeitnehmerInnen und entsprechendem Lohndruck führen. Schätzungen zufolge werden sich etwa 80% der MigrantInnen im Zuge der Osterweiterung auf die BRD und Österreich konzentrieren. Die Migrationspotenziale sind aber immer wieder nach unten korrigiert worden. Das Einkommensgefälle ist zwar sicherlich ein wichtiger, aber nicht unbedingt der alleinige Faktor für eine Migrationsentscheidung. Eine solche ist von vielen Komponenten abhängig.

Zakarias/ Faßbender (2003) geben einen guten Überblick über Bestimmungsfaktoren einer Migrationsentscheidung; diese können nach makro- u. mikroökonomischen Determinanten unterschieden werden:

- ◆ Zu den makroökonomischen Determinanten gehören Einkommensdifferenzen (zwischen Herkunfts- u. Zielland), Beschäftigungschancen (wobei wiederum Arbeitslosenraten eine besondere Rolle spielen) und Lebensbedingungen (Lebenshaltungskosten, Zugang zu Bildung, öffentliche Sozialleistungen...).
- ◆ Zu den mikroökonomischen Faktoren gehören Alter, Qualifikation, Haushaltsstruktur, Familienstand, Risikoneigung, direkte Migrationkosten, Informations- u. Suchkosten, sonstige Determinanten sozialer, psychischer und politischer Art.

Selbst bei größeren Einkommensdiskrepanzen entscheiden sich viele Menschen eher fürs Bleiben, wenn zumal Aussicht auf eine Besserung der Lebenssituation im Heimatland besteht („option value of waiting“) Dies ist für die EU-Erweiterung zu berücksichtigen, da die Wachstumsraten in den MOEL die Einkommensunterschiede zusehends verringern und die garantierte Freizügigkeit den unmittelbaren Migrationsdruck reduzieren wird. Eine Kontingentierung oder Maßnahmen, die die Freizügigkeit vorübergehend unterbinden („Übergangsfristen“), könnten unter Umständen sogar den gegenteiligen Effekt auslösen und zu spontanen Migrationswellen bei Unentschiedenen führen, die bei garantierter Freizügigkeit evtl. zunächst im eigenen Lande abwarten (Guerot 2001).

Positive Einkommenserwartungen (die Wirtschaftstatistiken der MOEL weisen durchwegs ein höheres Wirtschaftswachstum auf als die EU-15) bestimmen wesentlich das Migrations- u. Pendelpotenzial in MOEL. Angesichts eines zukünftig zu erwartenden Arbeitskräftemangels in der BRD, der Schweiz und Österreich ist eine Zunahme der Pendelmigration mittel- bis langfristig nicht besorgniserregend. Probleme kann es aber einerseits kurzfristig in einer Periode einer national relativ hohen Arbeitslosenrate im Allgemeinen, andererseits in grenznahen Regionen geben: Regionale Arbeitsmärkte wären besonders betroffen, aber auch für die Arbeitsmärkte der durch die Abwanderung betroffenen Gebiete kann es negative Effekte geben: Qualifizierte Arbeitskräfte können abwandern und die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Betriebe eingeschränkt werden (Fassmann/ Münz 2002).

Mit der Audünnung der peripheren Räume ist verbunden, dass in grenznahen Regionen weiterhin mit Bevölkerungsabnahmen zu rechnen ist, wodurch ein Arbeitskräftemangel in der Region entsteht bzw. zunimmt. Eine Neuausrichtung der Regionen kann diese Entwicklung der nächsten 20 Jahre mildern. Gelingt es, die Abwanderung zu reduzieren und damit das Arbeitskräftepotenzial zu erhöhen, wird das TagespendlerInnenwesen zunehmen und die Kaufkraft in der Region verbleiben. Eine solche Neuausrichtung führt jedoch auch zu einer räumlichen Verlagerung von Verkehrsströmen und zusätzlichem Verkehrsaufkommen (Sustrain-Endbericht 2003).

Ob die gesamtwirtschaftlichen Kosten durch Zuwanderung die Migrationsgewinne für die Aufnahmegesellschaft übersteigen oder ob es, umgekehrt, zu Einkommensgewinnen für die einheimische Bevölkerung kommt, hängt ganz wesentlich von der sozioökonomischen Struktur der ZuwanderInnen, insbesondere von deren Bildungsniveau ab. Je höher aber das Qualifikationsniveau der MigrantInnen und je besser deren Integration in den Arbeitsmarkt, desto höher der gesamtwirtschaftliche Nutzen, darüber herrscht Einigkeit (Guerot 2001). Darüber, welches Berufs- oder Ausbildungsprofil die erwarteten ZuwanderInnen aus den MOEL konkret haben werden, gibt es einige empirische Hinweise, wobei an dieser Stelle zunächst auf eine internationale Studie und eine Untersuchung mit Österreich-Bezug hingewiesen werden soll:

2.1 Qualifikationsniveau von ArbeitsmigrantInnen

Auf internationaler Ebene gibt es kaum Statistiken, die zuverlässig die Zahl bzw. die Qualifikation von internationalen MigrantInnen wiedergibt. Auf nationaler Ebene sammeln die meisten Entsendeländer von MigrantInnen keine Daten. Adams versucht in seiner Studie "International Migration, Remittances, and the Brain Drain: A Study of 24 Labor-Exporting Countries" diese Schwachstelle zu beheben und konstruierte ein neues Datenset unter Einbeziehung der für die Untersuchung ausgewählten 24 Länder (Adams 2003). Er benutzt Schätzungen von Migration und Bildung auf der Basis von Daten aus den USA und OECD-Staaten. Mit diesen Daten geht Adams an die Frage heran, wie ausgeprägt der "Braindrain" aus diesen Staaten ist und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen: Bezüglich legaler Migration scheint höhere Bildung ein relevanter Faktor zu sein. Die Mehrheit der MigrantInnen in die USA bzw. in OECD-Staaten haben zumindest einen High-School-Abschluss. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die oberste Bildungsschicht einen großen Teil der MigrantInnen ausmacht. Adams errechnete, dass lediglich 10% der bestausgebildeten Bevölkerung von Entsendeländern MigrantInnen sind. Für eine Handvoll Länder findet Adams aber Hinweise, dass ein Braindrain vorliegt, besonders in Lateinamerikanischen Staaten nahe den USA.

In der Diskussion über die EU-Erweiterung wird der Frage einer möglichen Zunahme der Arbeitsmigration aus den Beitrittskandidatenländern große Bedeutung beigemessen. Mögliche Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt werden allerdings nicht nur von der Gesamtzahl der ArbeitsmigrantInnen abhängen, sondern auch in hohem Maße von deren Positionierung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Diese wäre unter den Bedingungen der Freizügigkeit in höherem Ausmaß als jetzt von den Qualifikationen der MigrantInnen bestimmt (WIIW 2000).

Während die Verteilung der mittel- und osteuropäischen ArbeitnehmerInnen auf die unterschiedlichen Wirtschaftsklassen weitgehend bekannt ist, gibt es derzeit keine genaueren Analysen ihres Qualifikationsniveaus.

Um diese Lücke zu schließen, wurde in einer explorativen Studie des WIIW im Jahr 2000 (Titel: *„Qualifikationsniveau von slowenischen, tschechischen und ungarischen ArbeitsmigrantInnen und ihre Position am österreichischen Arbeitsmarkt“*) mittels Interviews die Qualifikationsstruktur von in Österreich beschäftigten ArbeitnehmerInnen aus Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn erhoben und mit ihrer Stellung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt verglichen. Ziel dieser Befragung, die insgesamt 165 MigrantInnen umfasste, war keine allumfassende Analyse der Lebenssituation der Befragten in Österreich - dies wäre in der zur Verfügung stehenden Zeit und aufgrund des geringen Stichprobenumfangs sowie des verwendeten Auswahlverfahrens auch gar nicht möglich gewesen.

Es ging vielmehr darum, genauere und vor allem arbeitsmarktrelevante Informationen über eine Gruppe von ausländischen Beschäftigten in Österreich zu gewinnen, über die bisher nur sehr wenig bekannt war.

„Wie viele MigrantInnen werden kommen?“ scheint laut dem WIIW (2000) die alles entscheidende Frage in der Diskussion über Veränderungen am österreichischen Arbeitsmarkt durch eine eventuelle EU-Erweiterung zu sein. Dass die Arbeitsmarkteffekte nur unter Berücksichtigung der gesamten strukturellen Auswirkungen einer wirtschaftlichen Integration von West- und Osteuropa einzuschätzen sind, wird dabei oft übersehen.

Wesentlich sind in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeitsmarktstrukturen, insbesondere die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte im Verhältnis zu den am österreichischen Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen, weshalb in dieser Studie das Qualifikationsniveau slowenischer, tschechischer und ungarischer ArbeitsmigrantInnen, die nach der "Wende" nach Österreich gekommen sind, und ihre Positionierung am österreichischen Arbeitsmarkt erhoben wurde.

Es sind vor allem junge, gut ausgebildete Menschen, meist mit Berufserfahrung, und nur wenige Arbeitslose, die nach Österreich migrieren bzw. pendeln. Mehr als die Hälfte der Befragten hat eine Reifeprüfung, 19,4% verfügen darüber hinaus noch über ein abgeschlossenes Universitätsstudium. Besonders auffallend ist der hohe Anteil von berufsorientierten Bildungsabschlüssen (70% der Befragten).

Der Vergleich der beruflichen Positionen im Herkunftsland und in Österreich zeigt, dass knapp ein Drittel der Befragten von einer beruflichen Dequalifizierung betroffen ist (dies stimmt auch weitgehend mit der Selbsteinschätzung der MigrantInnen überein). Dazu zählen vor allem höher qualifizierte ArbeitnehmerInnen, die in ihrem Herkunftsland in den Bereichen Büro- und Verwaltung sowie Handel/Verkehr gearbeitet haben, aber in Österreich in vielen Fällen nur eine Beschäftigung als Hilfs- und Anlernkräfte finden. FacharbeiterInnen aus dem Produktionsbereich arbeiten häufiger in ihrem erlernten Beruf, teilweise jedoch ebenfalls nur in HilfsarbeiterInnenpositionen. Allerdings deuten die Ergebnisse der Befragung darauf hin, dass vielen der zunächst dequalifiziert Beschäftigten nach einiger Zeit ein beruflicher Aufstieg gelingt.

Am häufigsten finden MigrantInnen mit einer Ausbildung in jenen Branchen, in denen in Österreich eine Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften herrscht - wie etwa Bauwesen, Gastgewerbe, Einzelhandel, Gesundheitswesen und bestimmte Bereiche der Sachgüterproduktion - einen adäquaten Arbeitsplatz. Personen, die in ihrem Herkunftsland eine hochqualifizierte bzw. führende Position innehatten, sind nur zu einem geringen Prozentsatz von einer massiven Dequalifizierung betroffen.

Die Arbeitsmigration aus Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn erfolgt in erster Linie nachfrageorientiert. Nur sehr wenige MigrantInnen wagen einen "Schritt ins Ungewisse". Ihre Migrationsbereitschaft ist in der Regel an bestimmte Bedingungen und Voraussetzungen - wie ein deutlich höheres Einkommen, die Deckung der Migrationskosten und eine konkrete Arbeitsplatzzusage - geknüpft. Das Klischee des/r osteuropäischen AkademikerIn, der/die bereit ist, in Österreich jede Hilfstätigkeit anzunehmen, wird in dieser Studie nicht bestätigt und scheint der Vergangenheit anzugehören. Auch im Falle eines EU-Beitritts dieser Länder ist zu erwarten, dass sich Arbeitsmigration vor allem an der Arbeitskräftenachfrage in Österreich orientiert (WIIW 2000).

2.2 Beschäftigungseckdaten aus den MOEL

An dieser Stelle möchten wir als zusätzliche Hintergrundinformation einen kurzen Überblick über die aktuelle Beschäftigungssituation in den zehn EU-Erweiterungsländern geben:

Der Labour Force Survey aus dem Frühjahr des Jahres 2003 liefert Schätzwerte bzgl. der Beschäftigungssituation für knapp 67 Mio. Menschen in den 10 Beitrittskandidatenländern, die 2004 der EU beitreten werden und aus denen Zuwanderung erwartet wird. Die wichtigsten Ergebnisse seien an dieser Stelle zusammengefasst:

Knapp 29 Mio. Menschen haben einen Job und 56,1% der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren sind beschäftigt (der Vergleichswert für die EU beträgt 64,2%). Über dem EU-Durchschnitt liegt die Tschechische Republik (65,6%), während die Slowakei und Ungarn mit je 56,5% unter dem EU-Durchschnitt rangieren.

Im Mittel ist in den Beitrittsländern die Beschäftigungsrate der Männer um 11,6% höher als jene der Frauen.

7,8% der Beschäftigten arbeiten teilzeit (Tschechien 4,8%, Ungarn 3,6%, Slowakei 1,9%; in der EU liegt dieser Wert bei 18,2%).

79% der Beschäftigten sind angestellt (EU: 84,4%); die Arbeitszeit liegt in den Beitrittsländern bei 41,4 Stunden für eine Vollzeitbeschäftigung und bei 23,2 Stunden für eine Teilzeitbeschäftigung (in der EU liegen die entsprechenden Werte bei 40 bzw. 19,7 Stunden).

5 Millionen Menschen in den 10 Kandidatenländern sind arbeitslos, ein Wert der 14,8% des Arbeitskräftepotenzials dieser Staaten entspricht. In der EU liegt die Arbeitslosenrate bei 7,6%; in Tschechien bei 7%, in Ungarn bei 5,6% und in der Slowakei bei 18,7%.

Langzeitarbeitslosigkeit (1 Jahr oder mehr) macht 54,3% der Gesamtarbeitslosigkeit in den Beitrittsländern aus (EU: 40,2%; Tschechien 50,5%, Ungarn 44,8%, Slowakei 65,3%).

In der Altersgruppe 15-24 Jahre sind 31,6% des Arbeitskräftepotenzials arbeitslos; dies entspricht 11,9% der Bevölkerung in dieser Altersgruppe (EU: 6,9%; Tschechien 15,4%, Ungarn 11,2%, Slowakei 37,7%).

26,6 Mio. Personen über 15 Jahren gehen keiner Tätigkeit nach.

3. Methodische Ansätze zur Abschätzung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials

Das folgende Kapitel befasst sich mit den unterschiedlichen methodischen Ansätzen, die zur Abschätzung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials herangezogen werden:

Das Migrationspotenzial (Potenzial der Migration ins Ausland) der Bevölkerung eines Staates stellt die Gesamtkapazität der Personen dar, die in einem unbegrenzten Zeitraum unter dem Einfluss sowohl ökonomischer als auch außerökonomischer Impulse mit unterschiedlichem Wahrscheinlichkeitsgrad bestimmte Formen der Migration ins Ausland realisieren können (vgl. Bastyr 2001).

Eine Sonderstellung nimmt die potenzielle Arbeitsemigration ein. Diese Migration nimmt Einfluss auf den Arbeitsmarkt und die sozial ökonomischen bzw. breiteren (demographischen, politischen u.a.) Beziehungen sowohl im Emigrations- als auch im Immigrationsstaat.

Mittels verschiedener Hypothesen und theoretischer Ansätze ist man bis jetzt daran gegangen, mögliche Migrationsströme bzw. Pendelbewegungen, die im Zuge der EU-Erweiterung auf die Union bzw. auf Österreich zukommen würden, mit diversen Erhebungsinstrumenten und unterschiedlichen Forschungsmethoden abzuschätzen. Ein Ergebnis lässt sich vorab mit hoher Wahrscheinlichkeit aus den Studien ableiten: Es wird aufgrund bisheriger Erfahrungen im Zuge der EU-Erweiterung nicht zu riesigen Migrationsströmen kommen. Alle Studien zum Thema weisen eher auf Pendelbewegungen im Grenzbereich hin. Der Pendelmigration wird ein besonderer Stellenwert eingeräumt, da in den MOEL rund 5 Mio. Menschen in einer Distanz zu Österreich leben, die ihnen ohne weiteres ein tägliches Einpendeln ermöglicht (Demel/Profazi 1998).

Über die Zahlen der Migrations- bzw. Pendelwilligen herrscht aber Uneinigkeit. Die unterschiedlichen Ergebnisse sind das Resultat unterschiedlicher Methoden der Erhebung und Berechnung (Gächter 2000).

Die am häufigsten angewandten Methoden der quantitativen Migrationspotenzialabschätzung sind:

3.1 Ökonometrische Methoden auf Makroebene

Diese Verfahren analysieren die Beziehungen zwischen den makroökonomischen Eckdaten der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Einkommenssituation auf dem Arbeitsmarkt und anderen zusammenfassenden Charakteristika der Vergleichsstaaten (Staaten Gruppen) mit unterschiedlichem ökonomischen Niveau, die die Migration aus weniger entwickelten Staaten in leistungsstärkere Staaten beeinflussen können. Die ökonometrischen Methoden ermöglichen eine Prognose des gesamten Migrationsvolumens auf Grund zusammenfassender Kennziffern. Beschränkt sind sie durch ihre fehlende inhärente Möglichkeit, die sozialökonomischen Strukturen der Migration ausführlicher zu analysieren (Bastyr 2001).

Grundsätzlich stehen bei makroökonomischen Modellrechnungen zwei Alternativen zur Verfügung, um zu quantitativen Daten zu gelangen: *Gravitationsmodelle* und *Zeitreihenmodelle*.

Beide Ansätze versuchen aus der Betrachtung stattgefundenener Wanderungsbewegungen Aussagen über zukünftige Wanderungspotenziale abzuleiten. Dafür wird zunächst mittels ökonomischer Gleichungen ein funktionaler Zusammenhang zwischen dem Umfang einer bereits abgelaufenen Wanderung und den diese Wanderung erklärenden Variablen hergestellt. In einem zweiten Schritt werden diese funktionalen Zusammenhänge auf die in der Zukunft erwartete Wanderung übertragen (Demel/ Profazi 1998).

Bei der Quantifizierung stattgefundenener Wanderungen stehen alternativ der Bestand der ausländischen Bevölkerung in einem Gastland („stocks“; werden zumeist für Gravitationsmodelle herangezogen) oder die registrierte Zuwanderung innerhalb eines bestimmten Zeitraums („flows“) zur Verfügung. Zeitreihen können sowohl mit stocks als auch mit flows arbeiten. Für die Erklärung von stocks oder flows werden in der Regel drei Variablen herangezogen: Die Einkommensdifferenz, die Arbeitslosenraten (in Herkunfts- u. Gastland) und die geographische Distanz. Ergänzend können die schwer messbare „kulturelle Affinität“ und die Bevölkerungsgröße des potenziellen Entsendelandes mitberücksichtigt werden. Das Ergebnis einer solchen Regression ist ein Zusammenhang (Funktion), die einer Variablen eine zu erwartende Zuwanderung zuordnet (z. B. xxx Zuwanderung pro 10% Einkommensunterschied zwischen Ländern) (Demel/ Profazi 1998).

Sehr häufig beruhen makroanalytische Modellrechnungen auf der Heranziehung von Einkommensunterschieden zwischen Ländern oder den Ergebnissen früherer Beitrittsrunden als erklärende Faktoren für Migrationsabschätzungen. Solche Modelle sind allerdings mit Unsicherheit behaftet, da beim Einkommensabstand nicht von vornherein klar ist, in welcher Maßeinheit er berechnet werden soll: Für PendlerInnen gilt der Wechselkurs, der deutlich höher als die Kaufkraftparität ist, die wiederum relevanter für ZuwanderInnen ist. Da aber zum Zeitpunkt der jeweiligen Untersuchung nicht geklärt werden kann, wie viele Personen pendeln und wie viele wandern werden, kann auch nicht verbindlich festgelegt werden, wie das Lohndifferential zu bestimmen ist. Auch die wirtschaftliche Entwicklung in den Beitrittsländern im Verhältnis zu z. B. Österreich ist ungewiss. Ebenso problematisch ist die Übertragung der zurückliegenden Migration aus den Staaten Südeuropas und der Türkei auf den Fall der MOEL, da z. T. ganz andere politische, soziale und kulturelle Voraussetzungen vorliegen.

Die Übertragung von US-Beobachtungen zum Zusammenhang von Lohndifferential und Nettowanderung ist nicht ohne weiteres möglich, da eine strukturelle Ähnlichkeit der Arbeitsmärkte sowie der geographischen und sozialen Voraussetzungen angenommen werden müsste. Es ist aber unklar, ob EU-BürgerInnen ebenso flexibel auf Lohndifferenziale reagieren würden, wie dies in den USA der Fall ist. Bisher geht man in Europa von einer viel geringeren Flexibilität aus. Außerdem müssen konjunkturelle Einflüsse ebenso wie z. B. Eigentumsverhältnisse und die Siedlungsstruktur berücksichtigt werden. Nach den bisher vorliegenden Berechnungen kann man davon ausgehen, dass 3-5% der Bevölkerung Ostmitteleuropas sich in Westeuropa aufhalten werden (3-5 Mio. Menschen). Generell gilt aber: Je schneller der ökonomische Integrationsprozess abläuft, umso schneller werden Lohnunterschiede abgebaut und umso geringer wäre mittelfristig die Zahl der potenziellen MigrantInnen (Fassmann/ Münz 2002).

3.1.1 Gravitationsmodelle

Gravitationsmodelle sind eine Form ökonometrischer Analysen und stellen eine Querschnittsanalyse dar, die auf dem Vergleich einzelner Länder beruht. Ausgangspunkt ist eine bestimmte Migrationsbeziehung, für die angenommen wird, dass eine Gleichgewichtssituation eingetreten ist, d. h. dass sich die Wanderung auf ein gewisses Niveau eingependelt hat. Das Ausmaß wird durch bestimmte Variablen erklärt und die so erzielten Zusammenhänge auf ein anderes Länderpaar (wobei ein Land gleich bleibt) übertragen. Wenn die gleichen Bedingungen, die bei der Ausgangssituation festgestellt wurden, auch auf das andere Land zutreffen, dann müsste eine bestimmte Anzahl von MigrantInnen sich im untersuchten Zielland aufhalten. Die Differenz aus den sich tatsächlich in dem Land befindlichen MigrantInnen und der errechneten Größe ergibt das Migrationspotenzial. Solche Modelle werden oft zur Schätzung des PendlerInnenpotenzials herangezogen (Demel/ Profazi 1998). Das Problem dieses Ansatzes liegt darin begründet, dass die Bedeutung von Erklärungsvariablen bei der Übertragung auf ein anderes Land nicht gleich sein muss und zudem die zeitliche Dimension nicht erfasst wird.

Die geografische Distanz stellt bei den meisten Gravitationsmodellrechnungen den wichtigsten Einflussfaktor des Umfangs von Migration zwischen zwei Orten dar. Ein anderer, konkurrierender Ansatz berücksichtigt weitere bzw. andere Faktoren „intervening opportunities“ (Menge der zwischen zwei Orten liegenden Arbeitsplätze) + „competing searchers“ (die Konkurrenz von Arbeitsplatzsuchenden) (Gächter 2000). Die Modelle wurden schon mit gutem Erfolg zusammengeführt (Raphael 1998), wobei zu bemerken ist, dass Raphael nur 15-19-jährige männliche Jugendliche in Oakland untersuchte, und zwar mit der Begründung, dass diese Gruppe in der Regel einen fixen und nicht leicht veränderbaren Wohnort aufweist, da sie zumeist bei den Eltern oder anderen Verwandten leben und auch keine Wohnung suchen würden. Diese Begründung beruht allerdings sehr stark auf hypothetischen Annahmen und selbst bei deren Zutreffen sind die methodisch durchaus interessanten Ansätze Raphaels somit nur für sehr spezifische Gruppen anwendbar – für den Fall der grenzüberschreitenden Arbeitsmigration allerdings nur mit Vorbehalt.

3.1.2 Zeitreihenanalysen

Zeitreihenanalysen tragen im Gegensatz zu den Gravitationsmodellen der zeitlichen Dimension Rechnung, also auch einem allmählichen Abbau eines Migrationspotenzials. Die Zuwanderung wird über einen gewissen Zeitraum verfolgt. Ähnlich wie beim Gravitationsmodell wird auch hier eine Funktion zwischen der Anzahl der MigrantInnen und der diese Zahl bestimmenden Variablen erstellt. Im Gegensatz zum Gravitationsmodell wird aber nur eine bestimmte Migrationsbeziehung berücksichtigt, um dann Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eben dieser Zuwanderung zu ziehen. Eine Übertragung der Zusammenhänge etwa in Form eines Migrationsfaktors ist daher problematisch.

Ein entscheidendes Problem dieser Methode ist, dass nichtlineare Funktionen (wie z. B. der Einkommensunterschied) in Modellen nicht berücksichtigbar sind. Auch müssen institutionelle Migrationsbarrieren ausgeklammert werden (Demel/ Profazi 1998).

3.2 Soziologische Methoden auf Mikroebene

Der andere große Methodenkomplex zur Abschätzung des Pendel- bzw. Migrationspotenzials basiert auf soziologischer (soziometrischer) Grundlage. Sie gründet sich auf der Verallgemeinerung der Einstellungen und Erwartungen einer ausreichenden Anzahl von RespondentInnen bezüglich ihrer Emigrationsabsichten und -vorstellungen. Der Vorzug der soziologischen Forschung besteht darin, dass sie ermöglicht, die Struktur der Migrationspotenziale nach verschiedenen sozialökonomischen Querschnitten festzustellen (vgl. Bastyr 2001).

Sozialwissenschaftliche Methoden operieren bei der Pendel- bzw. Migrationspotenzialabschätzung also im Gegensatz zu ökonometrischen Methoden auf der Mikroebene. Grundlage der Analysen sind dabei in der Regel Primärdatenerhebungen unter der Bevölkerung potenzieller Emigrationsländer (Demel/ Profazi 1998). Während ökonometrische Studien objektive Faktoren zur Abschätzung von Migrationspotenzialen heranziehen, stehen bei soziologischen Verfahren die subjektiven Einstellungen und Absichten potenzieller MigrantInnen bzw. PendlerInnen im Vordergrund.

a) Befragungen

Die häufigste Methode zur Bestimmung eines Migrationspotenzials mit soziologischen Methoden sind repräsentative schriftliche oder mündliche Erhebungen der Migrationsabsichten in den Entsendeländern mittels standardisiertem Fragebogen. Um den Unterschied zwischen formulierten Migrationswünschen und realisierter Migration möglichst gering zu halten, werden zusätzlich meist konkrete migrationsvorbereitende Handlungen abgefragt. Die Antworten werden dann auf die Gesamtbevölkerung des Landes oder einer Region hochgerechnet. Neben der Anzahl von potenziellen MigrantInnen lassen sich auf diese Weise auch Motive, geplante Aufenthaltsdauer, Zielländer etc. erfassen (Demel/ Profazi 1998).

Die Qualität des Erhebungsinstruments und die Stichprobe beeinflussen allerdings die Aussagekraft der erhobenen Daten. Die Kluft zwischen geäußertem Migrationswunsch und realisierter Migration birgt zudem eine große Fehlerquelle.

Die mikroanalytischen Erhebungen zum Migrationspotenzial kommen zu ähnlichen Größenordnungen wie die makroökonomischen Modellrechnungen. Ermittelt wird auf Basis empirischer Erhebungen auf Haushalts- oder Individualebene der Bestand an prinzipiell abwanderungsbereiten Menschen, die ihren Wunsch über mehrere Jahre verteilt realisieren können.

An eine Erwerbstätigkeit im Ausland denken – je nach Fragestellung und befragter Bevölkerung zwischen 1% und 3% der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung Ostmitteleuropas. Dabei handelt es sich um eine Bestandsgröße, und nicht um die jährliche Größe der Netto-Migration. (Fassmann/ Münz 2002).

Gächters Kritik (2000) hinsichtlich Befragungen über Migrationsabsichten richtet sich vor allem darauf, dass eine Realisierung von Absichten nicht erfragt werden kann. Der Umfang einer tatsächlichen Migration kann daher nur sehr grob geschätzt werden. Je komplexer und findiger die Fragen, desto validere Daten erreicht man aber (z. B. Frage nach konkreten Auslösern von Migration); die Ergebnisse solcher Umfragen unterscheiden sich daher stark.

4. Internationale Untersuchungen zur Abschätzung des Migrations- u. Pendelpotenzials aus den MOEL

Im folgenden Abschnitt werden internationale Studien, die mittels makroökonomischer oder soziologischer Analysen das Migrations- u. Pendelpotenzial aus MOEL abschätzen, beschrieben und deren wichtigste Ergebnisse angeführt und diskutiert.

4.1 Ökonometrische Studien

Brücker et al.: "Study on the Impact of the EU-Enlargement on Employment and Labour Markets in the Member States" (2000):

Problemstellung und Methodik

Diese Studie im Auftrag der EU-Kommission schätzte das Migrationspotenzial auf Basis einer Zeitreihenanalyse der Migration nach Deutschland von 1967-1998. Das Regressionsmodell berücksichtigt die Unterschiede des BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) sowie die Beschäftigungsraten im Herkunftsland und in Deutschland als Indikator für unterschiedliche Beschäftigungschancen. Weitere Merkmale im Modell nehmen auf die Bestandsgröße der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland sowie gesetzliche und kulturelle Faktoren Bezug. Diese Studie stellt eine tieferegreifende Analyse der Integrationseffekte auf Beschäftigung, Lohnniveau und Einkommensverteilung dar, wobei ein eigens für die BRD ermittelter Migrationskoeffizient verwendet wird (Demel/ Profazi 1998).

Die Übertragung der deutschen Ergebnisse auf die übrigen 14 EU-Mitglieder (Stand 2003) erfolgt aufgrund von aktuell beobachtbaren Prozentverteilungen der BürgerInnen aus MOEL in den EU-15. Ende der 1990er Jahren entfielen rund 2 Drittel aller MOEL-BürgerInnen, die sich legal im EU-Raum aufhielten, auf Deutschland. Wenn man davon ausgeht, dass sich an diesem Anteil auch in Zukunft nicht viel ändern wird, kann man die Größe des dritten Drittels schätzen und auf die anderen 14 EU-Länder aufteilen. Das Modell basiert auf der Annahme, dass die Pro-Kopf-Einkommen zwischen Deutschland und den Beitrittsländern mit einem Wert von 2% p. A. konvergieren und die Arbeitslosenzahlen in Deutschland und den untersuchten Beitrittsländern konstant bleiben.

Ergebnisse

Diese Studie gibt für das erste Jahr nach Gewährung der Freizügigkeit ein Migrationspotenzial von 335.000 Personen an. Diese Zahl würde in den Folgejahren sukzessive abnehmen.

Neben sehr detaillierten Ergebnissen für Deutschland finden sich in dieser Studie auch Prognosen bzgl. Österreich:

Bei sofortiger Freizügigkeit ab 2000 käme es laut dieser Studie im ersten Jahr nach Gewährung der Freizügigkeit zu 40.000 ZuwanderInnen nach Österreich, im Jahr 2005 zu einer Bestandszahl von 239.982 OstmitteleuropäerInnen aus 10 Herkunftsländern in Österreich (1998: 103.000; 2010: 351.013; 2020: 449.318; 2030: 469.931). Es käme also fast zu einer Verfünffachung des derzeitigen Bestands bis 2030.

Die jährliche Zunahme der OstmitteleuropäerInnen in Österreich durch Migration (Nettozustrom bei Freizügigkeit ab 2000) wird folgendermaßen angegeben: 2002: 40.547, 2005: 30.020; 2010: 17.739; 2020: 5.107; 2030: 286.

Diskussion

Die Studie von Brücker et al. berücksichtigt zwar eine Vielzahl von Einflussvariablen einer Migration, stützt ihre Analyse andererseits auch auf Schätzungen und Annahmen, welche die Ergebnisse relativieren: Zum einen wird von einer sofortigen Freizügigkeit ab dem Jahr 2000 ausgegangen, während tatsächlich der frühestmögliche Termin einer Freizügigkeit das Jahr 2004 darstellt, die geplanten Übergangsfristen aber eine generelle Freizügigkeit erst ab 2011 garantieren. Zum anderen werden die Ergebnisse für die BRD aufgrund der gegenwärtigen Verteilung von ZuwanderInnen aus den MOEL in der EU anteilmäßig auf die anderen EU-Staaten übertragen. Der Verteilungsschlüssel ist aber natürlich kein fixer Faktor und daher mit einer Schwankungsbreite behaftet, wodurch die Ergebnisse als eher ungenau anzusehen sind. Brücker et al. gingen auch davon aus, dass Bulgarien und Rumänien bei der nunmehr bevorstehenden EU-Erweiterungsrunde dabei sein würden und bezogen diese beiden Länder in die Analysen ein, während dagegen Zypern und Malta ausgeklammert blieben (vgl. auch Zakarias/ Faßbender 2003). Dadurch stimmen die Annahmen der Studie mit der tatsächlichen Erweiterungskonstellation nicht überein und sind die Ergebnisse nur bedingt in Betracht zu ziehen. Schließlich beruhen die Ergebnisse wie erwähnt auf einer unterstellten Konvergenz der Einkommen mit 2% per Anno und auf konstanten Arbeitslosenraten.

Bauer/ Zimmermann *“Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe” (1999):*

Ein weiteres Beispiel für ein makroanalytisches Zeitreihenmodell ist die Studie von Bauer/ Zimmermann im Auftrag des britischen Departments for Education and Employment.

Problemstellung und Methodik

In dieser Studie wurde die jährliche Auswanderung aus Griechenland und Spanien analysiert und versucht, diese anhand der Arbeitslosigkeit und des BIP pro Kopf zu erklären. Die abhängige Variable war also eine „Emigrationsrate“, gebildet aus der Zahl der AuswanderInnen gebrochen durch die EinwohnerInnenzahl des Herkunftslandes. Die erklärenden Merkmale waren die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit (Quotient) und die Unterschiede des BIP pro Kopf (Quotient). Geographische, soziale oder kulturelle Merkmale fanden keinen Eingang in das Modell. Die Analyse wurde einmal für den Zeitraum mit Mobilitätsrestriktionen und einmal für ungehinderte Mobilität durchgeführt. Die resultierenden funktionalen Zusammenhänge wurden auf die Staaten des östlichen Europa übertragen.

Ergebnisse

Die Studienautoren rechnen mit einer Ost-West-Wanderung, die in Summe mindestens 3% der Bevölkerung der Herkunftstaaten ausmacht. Von den Staaten, die in der ersten EU-Erweiterungsrunde beitreten werden, erreicht Slowenien die niedrigste durchschnittliche jährliche Emigrationsrate von 0,15, während Polen mit einem Wert von 1,8% die höchste Emigrationsrate aufweist. Die Ergebnisse der beiden Szenarien „Phase mit beschränkter Mobilität“ und „Phase ohne Mobilitätshemmnisse“ zeigen aber sehr große Unterschiede.

Diskussion

Die Resultate gelten als überhöht (selbst von den Autoren werden sie so bezeichnet). Vor voreiligen Interpretationen wird daher gewarnt (z. B. wurde für Polen bei sofortiger Freizügigkeit eine Emigrationsrate von 6% der polnischen Bevölkerung [=2,4 Mio.] Menschen pro Jahr errechnet, ein Wert der in Fachkreisen als absolut unrealistisch gilt).

Sinn et al. *„EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte“ (2000):*

Problemstellung und Methodik

Die Hypothese dieser Studie, die im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom Institut für Wirtschaftsforschung (IFO) in München unter Mitarbeit des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht erstellt wurde, war wiederum, dass die Größe der ausländischen Bevölkerung einer bestimmten Nationalität in der BRD eine Funktion der Einkommensunterschiede zwischen der BRD und den Herkunftsländern, eines „Output gaps“ in der BRD und ein Resultat institutioneller Regelungen ist, zu denen vorrangig die EU-Mitgliedschaft und die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bzw. deren Einschränkung gehören. Als weiterer Einflussfaktor wird der Bestand an MigrantInnen in der Vorperiode berücksichtigt, weil sich daraus ein Nachzug über Netzwerkeffekte erklärt.

Die somit prognostizierte Größe ist keine „Emigrationsrate“, sondern der Bestand an in Deutschland lebenden AusländerInnen einer bestimmten Nationalität gemessen als Prozentsatz der Bevölkerung des jeweiligen Herkunftslandes (also eine „Bestandsrate“). Das Modell beruht auf empirischen Daten des Zeitraums 1974-1997 für Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Türkei. Die prognostizierte Ost-West-Wanderung ergibt sich wieder durch die beobachteten und fortgeschriebenen Einkommensdaten für ausgewählte Staaten der östlichen Hälfte Europas.

Ergebnisse

In den ersten 5 Jahren nach EU-Beitritt würden laut dieser Studie bei sofortiger Gewährung der Freizügigkeit pro Jahr mit 200.000-250.000 ZuwanderInnen aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn in Deutschland erwartet. Unter der Annahme, dass dies zwei Drittel der Nettomigration in die EU-15 ausmacht, beträgt die gesamte Zuwanderung in die EU zwischen 300.000-380.000 Personen.

Bei unterschiedlichem Einkommenswachstum sind unterschiedliche Bestandsraten zu erwarten: Wenn die Einkommen in den Beitrittsländern um 2% schneller wachsen als in Deutschland würden nach 15 Jahren 3,2 Mio. BürgerInnen aus den MOEL nach Deutschland kommen, bei gleichem Einkommenswachstum jedoch 4,1 Millionen.

Diskussion

Die prognostizierte „Bestandsrate“ ist natürlich auch von Einbürgerungen, Geburten und Sterbefällen im Zielland abhängig, also von Faktoren, die variabel sind. Dieser Umstand wird von den Studienautoren auch als problematisch erkannt.

Weitere Kurzbeschreibungen einschlägiger Studien aus Europa:

Björn Alecke und Gerhard Untiedt entwarfen im Rahmen der Studie *„Pendlerpotential in den Grenzregionen an der EU-Außengrenze. Methoden, Ergebnisse und Prognosen“* des Preparity-Teilprojekts D 7 im Jahr 2001 ein Gravitationsmodell, das zunächst als empirisches Modell der innerdeutschen Pendelwanderung von Ost- nach Westdeutschland formuliert und geschätzt worden war und danach für eine Prognose des Pendlerpotenzials aus Polen und Tschechien in die deutschen Grenzregionen herangezogen wurde.

Die Ergebnisse zeigen, dass für die deutschen Grenzregionen im Durchschnitt ein PendlerInnenaufkommen von ungefähr 1-2% der Bevölkerung (bzw. 2-4% der Beschäftigung bei einer Erwerbsquote von 50% erwartet werden kann. Für alle deutschen Grenzregionen mit Tschechien und Polen würde sich ein PendlerInnenpotenzial von knapp 154.000 Personen ergeben (vgl. auch Hönekopp 2002). Allerdings variiert das Potenzial je nach Grenzregion stark. Das theoretische Modell geht von einigen Annahmen wie z. B. einer gleichen Arbeitsmarktsituation aus, wodurch die Ergebnisse vor dem Hintergrund einer großen Schwankungsbreite zu betrachten sind.

Ziel der Studie *„Economic and Labour Market Development and International Migration – Czech Republic, Germany, Poland“* des IAB Nürnberg/IPISS Warschau/VUPSV Prag ist die Bestimmung migrationsauslösender Faktoren sowie die Erstellung eines Profils potenzieller MigrantInnen einschließlich einer Analyse der sozioökonomischen Situation in den Ländern und nur am Rande eine quantitative Schätzung des Migrationspotenzials.

Eine Studie im Auftrag des schwedischen Finanzministeriums (Lunborg 1997: *„The Free Movement of Labor between Sweden and the new EU-Members“*) ergab, dass innerhalb von 15 Jahre ab dem Erhebungszeitpunkt etwa 3% der Bevölkerung von mittel- u. osteuropäischen Ländern bereit wären, in den Westen zu emigrieren. Für Schweden ergäbe sich ein Potenzial von 126.000 ArbeitnehmerInnen pro Jahr aus dem Baltikum bzw. aus Polen (Schätzung der jährlichen Aufnahmekapazität: 20.000 bis 30.000 Personen). Derzeit gibt es eine eher geringe Anzahl an MOEL-MigrantInnen, da der schwedische Arbeitsmarkt stark reguliert ist.

Die niederländische Studie: *„Social Effects of the Enlargement of the EU with Central and East European Countries in the Area of the Free Movement of Workers (Goedings 1997)“* beschäftigte sich weniger mit der Schätzung der im Falle der EU-Erweiterung zu erwartenden MigrantInnen als mit dem Einfluss der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Umfang und Richtung von Migrationsbewegungen. Beachtet werden müssen – so die Studie – vor allem push- und pull-Faktoren sowie Migrationsnetzwerke.

Die Studie beschäftigt sich auch mit Dienstleistungsanbietern und Selbständigen sowie mit der grenznaher Migration als möglichem Dauerphänomen eines erweiterten europäischen Binnenmarktes.

Sujanova et al. (*„Macroeconomic Effects of Joining the EU for a Transition Country: A Case of the Czech Republic“*, 1997) schätzen anhand eines Makromodells, dass aus der Tschechischen Republik bei einem Beitritt im Jahr 2005 bis zum Jahr 2010 ca. 39.000 Menschen auswandern werden. Legt man diese Zahlen auf andere mittel-osteuropäische Staaten um, so würden ca. 140.000 bis 200.000 Personen im angegebenen Zeitraum nach Westeuropa migrieren.

Die Studie von Orlowski und Zienkowski aus dem Jahr 1999 (*„Potencial Size of Migration from Poland after Joining the EU“*) legt ihren Schätzungen ein Modell zugrunde, das sich an den Erfahrungen von Migrationsflüssen der EU-Südländer Spanien, Portugal und Griechenland in andere EU-Länder im Zeitraum 1983-1995 orientiert. Bei moderaten Wachstumsraten von 4% pro Jahr und realen Aufwertungstendenzen von 3% jährlich wird geschätzt, dass aus Polen in den zehn bis zwölf Jahren nach einem EU-Beitritt insgesamt im Jahre 2003 770.000 Personen abwandern würden, 60.000 davon nach Österreich). Bei günstigeren Wachstumsszenarien würde sich diese Zahl aber entsprechend reduzieren.

4.2 Soziologische Studien

Da im Rahmen des LAMO-Projekts soziologische Methoden zur Anwendung kommen, wird der Aufarbeitung einschlägiger soziologischer Studien im Rahmen des „State-of-the-Art-Reports“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Im folgenden Abschnitt werden projektrelevante internationale Studien, die mittels soziologischen Analysen das Migrations- u. Pendelpotenzial aus MOEL abschätzen, analysiert und diskutiert.

Wallace, Clare *„Migration Potencial in Central and Eastern Europe“ (1998):*

Problemstellung und Methodik

Die Ergebnisse dieser Studie beruhen auf den von der PLG 1998 durchgeführten Neue Demokratien-Barometer (NDB)-Erhebungen mittels standardisierten Befragungen in 11 mittel-osteuropäischen Ländern.

Hinsichtlich der Methodik wird in dieser Studie darauf hingewiesen, dass lediglich ein prinzipielles Migrationsinteresse abgefragt wurde und daher keine Schätzungen des tatsächlichen Migrationspotenzials abgegeben werden können. Vielmehr kann im Vergleich der Daten in den einzelnen MOEL festgehalten werden, in welchen Ländern besonders viele Personen ein Migrationsinteresse aufweisen.

Ergebnisse

Eine Emigration ist laut den erhobenen Daten von den wenigsten Befragten geplant bzw. gewünscht; für Langzeit-Arbeitsmigration gibt es zwar ein Potenzial, allerdings kaum aus aktuellen Beitrittsländern, sondern aus der (damaligen) BR Jugoslawien und Kroatien: kurzfristige Arbeitsmigration wird ebenfalls zu unterschiedlichen Anteilen (13%-68%) angestrebt – wie beispielsweise in Tschechien und in der Slowakei, aber auch in Ungarn und Polen.

Es zeigt sich kein expliziter bzw. eindeutiger Grund, der auf ein Migrationspotenzial hinweist: in einigen Fällen ist die Nähe zu EU-Staaten (BRD, Österreich) als „pull“-Faktor besonders wichtig in Hinsicht auf Arbeitsmigration (vor allem im Falle Tschechiens und der Slowakei).

In Hinblick auf den EU-Beitritt von Nachbarstaaten Österreichs wird festgehalten, dass eine große dauerhafte Migrationswelle eher unwahrscheinlich ist und eher von Personen auszugehen ist, die befristet im Ausland arbeiten wollen, um ein besseres Einkommen zu erzielen. Die Autorin erwartet einen Trend zu mittelfristiger grenzüberschreitender Migration von jungen Leuten, vor allem Männern und besser Qualifizierten, die am Wochenende nach Hause zu ihrer Familie zurückkehren.

Ausdrücklich als Zielland für eine „Emigration“ wurde „Österreich“ von sehr wenigen Befragten genannt (in Tschechien: 6%, in der Slowakei: 1%, in Ungarn: 6%); für „befristete Arbeitsmigration“ von etwas mehr Interviewten (in Tschechien: 26%, in der Slowakei: 8%, in Ungarn: 13%). Österreich liegt unter den Werten von Deutschland.

Den wichtigsten push-Faktor stellen laut Wallace die „wirtschaftlichen Bedingungen“ dar, vor allem in der Slowakei ist der entsprechende Prozentsatz hoch, der als Migrationsgrund „wirtschaftliche Bedingungen“ angibt (64%; Tschechien 48%, Ungarn 45%). Pull-Faktoren stellen in allen drei Ländern vor allem die „Lebensbedingungen“, die „Löhne“, die „Erfahrungen anderer Personen“, eine „gute Beschäftigungslage“ sowie „mehr Freiheit“ dar, ein Faktor, der im Falle der Slowakei weit bedeutender ist als im Falle Ungarns oder Tschechiens.

Mit Ausnahme von Polen gaben sehr wenige Befragte an, mehrere konkrete Schritte wie „Ansuchen um eine Arbeitserlaubnis“, „Jobsuche“, „Wohnungssuche“ für eine mögliche Migration getätigt zu haben.

Die „Familie“ und die „sozialen Bindungen“ sowie das „hohe Migrationsrisiko“ sind die am häufigsten genannten Gründe, nicht zu migrieren.

Wichtige Erklärungen für Migration sind laut Wallace:

- ◆ Nähe zu reicheren Ländern
- ◆ relative Armut
- ◆ Netzwerke
- ◆ Migrationstraditionen
- ◆ ethnische und politische Probleme

Diskussion

Bei der IOM-Untersuchung 1999 sind insgesamt viel höhere Werte bzgl. des Pendel- und Migrationspotenzials als bei anderen Umfragen oder makroökonomischen Analysen festzustellen. Dies liegt aber darin begründet, dass der Studie sehr allgemeine Fragestellungen zugrundeliegen und somit lediglich ein sehr unspezifiziertes, tendenzielles Migrationsinteresse erhoben worden ist.

Bastyr u. a. „Folgen des Beitritts der Tschechischen Republik in die EU auf die Beziehungen mit Österreich mit der Orientierung auf den Beschäftigungsgrad, Arbeitsmarkt und Migration“ (2001):

Problemstellung und Methode

Die Gebietsuntersuchungen, welche die Einstellungen der BürgerInnen in der Tschechischen Republik zur Arbeitsmigration ins Ausland ermittelte, realisierte VÚPSV („Vyzkurny Ustav Prace a Socialnich Veci“ – „Research Institute for Labour and Social Affairs“) in Zusammenarbeit mit dem Tschechischen Amt für Statistik im Zeitraum September - Oktober 2000.

Mit Hilfe von Berichterstattern der Familienkontenstatistik ČSÚ wurden alle Haushalte, die ein Tagebuch der Familienkonten führen, besucht. Die Untersuchungen selbst haben alle Mitglieder dieser Haushalte im Alter von 18 bis 60 Jahre eingeschlossen. Die Basisdatei bildeten so 4770 Befragte, welche die Bevölkerung der Tschechischen Republik in der gegebenen Altersgrenze repräsentieren. In die Untersuchung wurden alle 77 Kreise einbezogen und die Befragungen wurden Face-to-Face direkt in den Haushalten der Befragten durchgeführt.

Der Fragebogen enthielt 29 Fragen, die in folgende thematische Blöcke eingeteilt sind: „Grundeinstellung zum Leben und zur Arbeit im Ausland“, „ständiges (langfristiges) Emigrieren aus der Tschechischen Republik“, „zeitweiliger Aufenthalt und Arbeit im Ausland“, „Gründe zur Präferenz des Lebens und der Arbeit in der Tschechischen Republik“, „bisherige Erfahrungen mit der Migration und der Arbeit im Ausland“. Die gesammelten Antworten wurden mit den Angaben der Familienkontenstatistik, die aus der ČSÚ Datenbank übernommen wurden, verbunden.

Ergebnisse

Als potenzielle MigrantInnen werden 15% der 4.770 Befragten klassifiziert (diese beabsichtigen einen kurzfristigen oder langfristigen Aufenthalt im Ausland zwecks Leben und (oder) Beschäftigung), als wahrscheinliche MigrantInnen 1,25% (diese haben sich Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland besorgt, haben eine definitive Entscheidung aber noch nicht getroffen) und als reelle MigrantInnen 0,5% (=Potenzial von 3000-4000 Menschen pro Jahr) der Befragten (diese haben bereits eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung angefordert bzw. sich um eine Wohnmöglichkeit im Ausland gekümmert). Die Gefahr hoher PendlerInnenzahlen schätzt Bastyr mit dem Hinweis auf die beim Pendeln anfallenden Kosten gering ein.

Das dominierende Motiv für die Neigung eines Teils der Arbeitskräfte zur Arbeitsmigration ins Ausland besteht laut dieser Studie darin, dass im Ausland ein höherer realer Einkommensstandard (gesamtes Lebensniveau) als in der Tschechischen Republik erreicht wird (bzw. erreicht werden kann). Ergänzendes Motiv sind Erfahrungen (im Fach) und Verbesserung der Sprachkenntnisse. Als Motive fehlen praktisch: Bedrohung des Lebens und der Gesundheit, politische Unterdrückung, Unfreiheit und Überbevölkerung.

In Umfragen unter der Bevölkerung im produktiven Alter (18 bis 59 Jahre) wurden folgende Grundzusammenhänge festgestellt (Bastyr 2001):

- 86% der Befragten (oder mehr als 90% der Bevölkerung) wollen nicht im Ausland arbeiten und/oder leben,
- Von den BürgerInnen, die eine Auslandsmigration als Lebensalternative in Betracht ziehen, haben nur 12% konkrete Schritte zur Realisierung unternommen,
- Die Auswertung nach demographischen, sozialen und ökonomischen Grundmerkmalen der MigrantInnen zeigt, dass die Neigung zur Migration ins Ausland bei der jungen Bevölkerung (bis 24 Jahre), bei Personen ohne Familie und StudentInnen stark ist.
- Die potenziellen MigrantInnen präferieren eine vorübergehende Migration, d. h. eine Migration mit Rückkehr in die Tschechische Republik, und auch relativ kurze Aufenthalte (bis zu 1 Jahr, höchstens 2 Jahre), mit PendlerInnenmigration (überwiegend mit täglicher Rückkehr) rechnen etwa 1/7 der potenziellen MigrantInnen. Die Neigung zur PendlerInnenmigration geht mit steigender Entfernung von der Grenze rapide zurück, maximal tragbare Entfernung sind 40 bis 50 Kilometer.

Die territoriale Orientierung der potenziellen Migration brachte folgende Erkenntnis. Es wurde festgestellt, dass das Interesse an der Migration nach Österreich gering ist. Die vorhergehenden Untersuchungen (einschließlich der Untersuchungen über die Migrationsneigungen von Arbeitskräften in den tschechischen Grenzgebieten zu Österreich vom Juni 2000 mit einem Sample von 1.197 Befragten; vgl. auch Vavreckova 2003) hatten gezeigt, dass Österreich als Zielland von etwa einem Fünftel der befragten Personen gewählt würde.

In der nationweiten Umfrage vom September - Oktober 2000 wurde Österreich nur von 5% der befragten Personen genannt.

Der überwiegende Teil der befragten Personen in den Grenzgebieten zu Österreich - etwa knapp vier Fünftel - zieht keine der Migrationsformen ins Ausland in Betracht. Diese Lebensalternative kommt insbesondere für Personen der mittleren ökonomisch aktiven Altersgruppe (25 bis 39 Jahre) und der höheren Altersgruppe (40 bis 59 Jahre) gar nicht in Frage. Rechnet man den präaktiven und postaktiven Bevölkerungsteil hinzu (0 bis 15 / 60 und mehr Jahre), sind es etwa 88% der Bevölkerung der Grenzgebiete, für die eine Migration überhaupt nicht in Frage kommt.

Von den Befragten, die die Möglichkeit ihrer Migration ins Ausland einräumten, würde für den überwiegenden Teil (189 von 222, das sind 86%) nur die vorübergehende Migration in Frage kommen, für zwei Drittel von ihnen kurzfristige Migration bis zu 1 Jahr. Das verbleibende Drittel denkt an eine Arbeitsmigration in Form des Pendelns. Ein beträchtlicher, jedoch nicht der überwiegende Teil der Bevölkerung der grenznahen Gebiete (44%) überlegt die Migration ins Ausland völlig hypothetisch als Lebensalternative, d.h. er unternimmt keine Schritte zur Realisierung dieser Absicht (bzw. hat noch keine Schritte dazu unternommen).

Es ist offensichtlich, dass sich die Ergebnisse der soziologischen Untersuchung in der Bevölkerung der grenznahen Gebiete sowohl in der Qualität als auch in großem Maße in der Quantität mit den Ergebnissen, die sich aus der Untersuchung der gesamten tschechischen Bevölkerung ergeben haben, decken.

Die Unterschiede in den Ergebnissen beider Untersuchungen sind vor allem dadurch gegeben, dass es für die Bevölkerung der grenznahen Gebiete mehr Aspekte gibt, die zur Erhöhung der Wahrscheinlichkeit ihrer Auslandsmigration beitragen. Hier handelt es sich vor allem um ein größeres Maß an Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland, konkret in Österreich bzw. in Deutschland. Hier ist der Einfluss der territorialen Lage (Nähe zu Österreich bzw. Deutschland) und der leichtere Zugriff auf Informationen (insbesondere von Personen, die im Ausland arbeiten, von Bekannten im Ausland) relevant.

Diese Tatsachen führen dazu, dass insbesondere der Anteil der wahrscheinlichen MigrantInnen aus der Bevölkerung der grenznahen Gebiete höher ist als der Anteil dieser Kreise an der Gesamtbevölkerung der Tschechischen Republik:

Die höhere Intensität der wahrscheinlichen Migration der Bevölkerung der grenznahen Gebiete im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Tschechischen Republik hängt mit der territorialen Lage dieser Kreise zusammen. Es ist ebenfalls nicht auszuschließen, dass auch Unterschiede in beiden Gruppen der befragten Personen einen bestimmten Einfluss auf die Unterschiedlichkeit der Migrationsneigungen ausgeübt haben. Der hohe Anteil der vorübergehenden Migration sollte nach den StudienautorInnen in der zusammenfassenden Schätzung des möglichen Volumens der Gesamtmigration und der Arbeitsmigration der Bevölkerung der Tschechischen Republik berücksichtigt werden.

Der zweite wichtige Unterschied zwischen den Ergebnissen, die die Forschung unter der Gesamtbevölkerung der Tschechischen Republik und unter der Bevölkerung der grenznahen Gebiete gebracht hat, besteht in der territorialen Orientierung der Migrationsabsichten. Die Struktur der Staaten, die von den Befragten als günstigste Zielterritorien bezeichnet wurden, unterscheidet sich bei beiden Forschungen beträchtlich:

Ein großer Unterschied besteht in den Präferenzen von Österreich. Österreich wurde als Zielstaat für eine der Migrationsformen praktisch von jedem vierten Befragten der grenznahen Kreise, aber nur vom etwa jedem zwanzigsten aus der Gesamtbevölkerung der Tschechischen Republik bezeichnet. Dieser Unterschied kann nur zum Teil mit der territorialen Lage der grenznahen Kreise erklärt werden. Es ist wahrscheinlich, dass die geringere Attraktivität von Österreich für die potenziellen tschechischen MigrantInnen mit den Spannungen in den Beziehungen zwischen beiden Staaten (Konflikte bzgl. des Kernkraftwerks Temelin bzw. der Benes-Dekrete) zusammenhängt, die sich gerade in dem Zeitraum, in dem die Untersuchungen über die Einstellungen der tschechischen Bevölkerung zur Auslandsmigration durchgeführt wurden, zuspitzten. Die Unterschiede in den Präferenzen von Österreich sollten in den Schätzungen der Varianten des wahrscheinlichen Migrationsvolumens in Betracht gezogen werden.

Beträchtliche Unterschiede in den territorialen Migrationspräferenzen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen gibt es auch in den Anteilen der anderen, nicht näher spezifizierten EU-Mitgliedsstaaten (Bevölkerung : grenznahe Gebiete = 16% : 7%), und der anglophonen Länder (Großbritannien, USA, Kanada – 35% : 27%). Hier macht sich wahrscheinlich der Einfluss der Angebote aus einigen Staaten (Irland, Italien, Schweden) und die wachsende Kenntnis der englischen Sprache unter der tschechischen Bevölkerung (in den grenznahen Gebieten geringer) bemerkbar.

Die Hochrechnung der Untersuchungsergebnisse auf die Bevölkerung führt die StudienautorInnen zu der Schlussfolgerung, dass die wahrscheinliche maximale jährliche Kapazität des Interesses der tschechischen Bevölkerung an einer Migration ins Ausland bei etwa 27.000 Personen liegt (3.500 dauerhafte Migration, 19.000 vorübergehende Migration, 4.500 vorübergehende Migration als PendlerInnen).

In groben Umrissen liegt das Interesse an einzelnen Ländern in folgenden Größenordnungen:

	Minimum	Maximum
Österreich	700	2 000 ¹⁾
Deutschland	2 700	9 000
EU – 15 insgesamt	5 700	19 900
alle Staaten insgesamt	8 100	27 000

¹⁾Wenn sich die Präferenzen für Österreich als Zielland den bei den vorhergehenden Analysen ermittelten Ergebnissen annähern, könnten die Maximalwerte der Migrationskapazität den dreifachen Wert annehmen (Bastyr 2001).

Da es sich überwiegend um relativ kurze Migration mit Rückkehr handelt, wird sich die Anzahl der im Ausland lebenden und arbeitenden tschechischen MigrantInnen (wenn die Emigration tatsächlich realisiert würde) nicht deutlich erhöhen. Es ist zu erwarten, dass sie etwa um 2,5- bis 3-mal höher als die jährliche Migrationskapazität sein kann.

Auf die Entwicklung des wahrscheinlichen Migrationspotenzials werden sich auch demographische und ökonomische Faktoren (Einkommensfaktoren, Direktinvestitionen) auswirken.

In der Populationsentwicklung wird sich in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren der Rückgang der Personen im produktiven Alter bemerkbar machen.

Wenn sich die Angleichung der Real- und Nominaleinkommen (etwa um 1 bis 1,5 Prozentpunkte jährlich) fortsetzen wird und ausländische Direktinvestitionen zunehmen, werden sich ebenfalls ökonomische Faktoren auf die Reduktion des Migrationspotenzials auswirken. In der Tschechischen Republik wird die reale paritätische Kaufkraft des Nettostundenlohns, die für die Motivation zur Migration ausschlaggebend ist, die Grenze der "Motivationsneutralität" - d. h. 70 bis 75% des gleichen Lohns im EU-Durchschnitt - etwa im Jahr 2005, im Vergleich zu Österreich (und zu Deutschland) etwa im Jahr 2010 erreichen. Die Einkommensmotivation zur PendlerInnenmigration wird allmählich nachlassen, da es nicht mehr motivierend sein wird, Arbeiten zu Billiglöhnen anzunehmen.

Insgesamt ist laut Bastyr zu erwarten, dass sich das Migrationspotenzial der tschechischen Bevölkerung alle fünf Jahre etwa um 20% reduzieren wird. Die faktische Migration der tschechischen Bevölkerung (Arbeitsmigration) kann sich erhöhen, wenn aus dem Ausland "Migrationsaufforderungen", d.h. Beschäftigungsangebote, gemacht werden. Das angebotene Einkommensniveau kann – so Bastyr – für einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren motivierend sein.

Diskussion

Die Studie stellt ein Beispiel einer landesweiten repräsentativen Umfrage zum Migrations- u. Pendelpotenzial dar, wenngleich zu bedenken ist, dass eine relativ große Schwankungsbreite der Ergebnisse gegeben ist und die abgegebenen Zukunftsprognosen mit Vorsicht interpretiert werden sollten.

Vavreckova, Jana et al. „Das Migrationspotenzial im Grenzgebiet der Tschechischen Republik an der Staatsgrenze zu Deutschland“ (2002):

Diese aktuelle Studie aus der Tschechischen Republik ist von ihrem methodischen Ansatz her sehr gut mit dem LAMO-Projekt (s. w. u.) vergleichbar.

Problemstellung und Methode

Diese Arbeit stellt eine Analyse des Migrationspotenzials in den Regionen des tschechischen Grenzgebietes an der Staatsgrenze zu Deutschland, unter Betonung einer spezifischen Form der Arbeitsmigration – nämlich des PendlerInnentums - dar. Untersuchungsobjekt sind Bevölkerungsgruppen, die über eine Form der Arbeitsmigration ins Ausland nachdenken, die Intensität ihrer Absicht, die zugrundeliegenden Motive und Erwartungen, einschließlich einer Analyse von Personen, die mit der Arbeit im Ausland bereits konkrete Erfahrungen haben. Es wurde eine Kombination von qualitativen und quantitativen Vorgehensweisen angewandt: So kamen neben einer repräsentativen Umfrage auf Basis einer Quotenauswahl (Größe des Landkreises; Geschlecht, Alter, Ausbildung, Entfernung der Wohngemeinde zur Grenze) ($N=2277$) auch gelenkte halbstandardisierte Gespräche mit Vertretern der Arbeitsämter aller Grenzlandkreise und den Vertretern ausgewählter Landkreisämter + Vertreter zufällig ausgewählter Grenzgemeinden (Kontrollgruppe von ArbeitnehmerInnen mit unmittelbaren Erfahrungen mit der Personenmigration) zur Anwendung.

Die ermittelten empirischen Daten wurden mit der Untersuchung der Arbeitsmigration im gesamtstaatlichen Maßstab und in den Landkreisen des tschechisch-österreichischen Grenzgebiets (Projekt im Jahr 2000; vgl. Bastyr 2001) verglichen.

Ergebnisse

Aus der Sicht der potenziellen Arbeitsmigration ist zusammenfassend festzustellen, dass die Migrationstendenzen der Bevölkerung im tschechisch-deutschen Grenzgebiet im Wesentlichen mit denen der tschechischen Gesamtbevölkerung übereinstimmen, sowohl im Hinblick auf das Migrationsausmaß (unter Berücksichtigung partieller Abweichungen) als auch im Hinblick auf den Wahrscheinlichkeitsgrad und die vorhandenen Migrationsabsichten.

In den unmittelbar an Deutschland grenzenden Landkreisen kommt für die Mehrheit der Befragten (82,5%) eine Auslandsmigration nicht in Frage. Sie suchen vielmehr eine befriedigende Position auf dem Inlandsarbeitsmarkt. Der Rest (17,5%), also etwa ein Sechstel der RespondentInnengruppe, steht der Auslandsmigration positiv gegenüber; diese Gruppe könnte als die Gruppe der "allgemein Migrationswilligen" bezeichnet werden. Aber auch hier gibt es, so wie bei der gesamtstaatlichen Untersuchung, markante Unterschiede im Ausmaß des Migrationspotenzials im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung.

Trotz ihrer positiven Einstellung zur Auslandsmigration ist die Schlussfolgerung berechtigt, dass mehr als 60% der "allgemein Migrationswilligen" ihre Absicht höchstwahrscheinlich nicht in die Tat umsetzen, da sie außer ihrer deklarierten positiven Haltung keine konkreten Schritte im Hinblick auf eine Realisierung unternommen haben. Ihre Absicht bleibt auf der verbalen Ebene und ist eine rein theoretische, unverbindliche Überlegung bzw. ein Wunsch.

Der Umfang der hypothetisch-wahrscheinlichen Auslandsmigration, deren Umsetzung unter bestimmten (subjektiven und objektiven) Umständen realistisch ist, liegt im tschechisch-deutschen Grenzgebiet zwischen 30–40% der RespondentInnen mit positiver Migrationshaltung.

Die Zahl der sog. "realen MigrantInnen" – Personen, die über die Erfordernisse zur Realisierung der Auslandsmigration verfügen (Arbeits- bzw. Aufenthaltserlaubnis) – ist stark zurückgegangen: Sie bilden weniger als ein Zehntel aller Migrationswilligen.

Die übereinstimmenden und zugleich wesentlichsten Merkmale des Migrationsprozesses sind laut Vavreckova des Weiteren:

- Die fast ausschließliche Orientierung auf einen temporären Auslandsaufenthalt: Für die langfristige bzw. lebenslange Migration als Lebensstrategie optiert etwa ein Zehntel der Migrationswilligen (in der Gesamtgruppe der Befragten 2%), wobei ein Viertel dieser Personen nach Übersee migrieren möchte. Als häufigste Vorstellung zur Arbeitsmigration wurde ein maximal einjähriger Aufenthalt angegeben; länger als 2 Jahre wollen nur wenige bleiben (nicht ganz 7% der Migrationswilligen).
- Das vorrangige Interesse an Deutschland als Migrationsziel: Im tschechisch-deutschen Grenzgebiet ist das Interesse am Nachbarstaat natürlich noch intensiver. Nahezu die Hälfte aller Migrationswilligen aus dem Grenzgebiet würde im Fall einer Realisierung ihrer Absicht nach Deutschland gehen.
- Nicht zu übersehen ist die Beliebtheit der englischsprachigen Staaten als Migrationsziel: Fast ein Drittel der potenziellen MigrantInnen will nach Großbritannien, in die USA oder nach Kanada. Im Fall der Überseestaaten USA und Kanada ist der jeweilige Anteil der potenziellen MigrantInnen sogar höher als in der gesamtstaatlichen Untersuchung (jeder fünfte Migrationswillige denkt an eine Migration in diese Länder).

- Das geringe, ja zuweilen vernachlässigbar geringe Interesse an Österreich als dem zweiten EU-Staat an der Grenze: Auf der Beliebtheitskala rangiert Österreich bei der Gesamtbevölkerung überraschenderweise auf einem der letzten Ränge, was auch durch die Ergebnisse im tschechisch-deutschen Grenzgebiet bestätigt wird. Nur im geografisch begrenzten Raum der unmittelbaren Nachbarschaft ist Österreich als Migrationsziel interessant.
- Der hohe Anteil der Unentschlossenen im Hinblick auf den Realisierungszeitpunkt einer möglichen Auslandsmigration.
- Die konsistenten Beweggründe: Höhere Verdienstmöglichkeiten, Sammeln von Erfahrungen, Vervollkommnung der Sprachkenntnisse usw., also Faktoren, die in ihren Auswirkungen mittelbar oder unmittelbar zu einem Anstieg der Kaufkraft und des Bildungsstands der tschechischen Bevölkerung beitragen können.
- Die analoge sozio-demografische Zusammensetzung der Migrationswilligen: Es überwiegen eindeutig junge Menschen mit qualifizierter Berufsbildung, für die – so wie anderswo auch – die Auslandsmigration ein Ausdruck ihres persönlichen Erkenntnisstrebens ist.
- Die kongruenten Motive, die bei der Mehrheit der befragten "Nicht-MigrantInnen" der Migration entgegenstehen wie emotionale Bindung an Heimat und Familie und damit zusammenhängende sozial-psychologische Faktoren.

Auch Unterschiede in der Migrationshaltung der BewohnerInnen des tschechisch-deutschen Grenzgebiets im Vergleich zur Gesamtpopulation werden von Vavreckova herausgearbeitet:

- Höhere Anzahl der Migrationswilligen (17,4% im Grenzgebiet:14,3% gesamtstaatlich). Im tschechisch-österreichischen Grenzgebiet liegt der entsprechende wert bei 18,4%.
- Intensivere Bemühungen, stärkere Motivation und höheres Maß der bereits unternommenen konkreten Schritte, siehe Umfang der realen Migration (1,5%:0,5%).
- Die BewohnerInnen des Grenzgebiets sind auf eine Migration besser vorbereitet, wie aus den Angaben zu vorhersehbaren Migrationszeitpunkt hervorgeht: Variante bis zu 6 Monaten (9,2%:4,6%), Variante innerhalb 1 Jahres (23%:15,3%).
- Eindeutig größeres Interesse am Pendeln zur Arbeit über die Grenze (29%:13,8%).

Eine für das Pendeln wesentliche Erkenntnis ist die Tatsache, dass auch in Orten in unmittelbarer Grenznähe zu Deutschland (etwa 40% der RespondentInnen leben max. 20 km von der Staatsgrenze entfernt) eine dominante Gruppe der Migrationswilligen (etwa 70%) nicht ins Ausland pendeln will, sondern im Inland leben und arbeiten möchte.

Das Pendeln ist für die tschechische Bevölkerung dank der Kaufkraft des Auslandsverdienstes im Inland zweifellos attraktiv, doch dieser Vorteil wird durch eine ganze Reihe von Problemen relativiert. Eines der größten Probleme ist die tägliche Rückkehr an den Wohnort in der Tschechischen Republik. Ökonometrische Modelle zur Prognostizierung des PendlerInnenpotenzials gehen von einer Entfernung von 200 km und mehr zwischen Ziel- und Heimatregion aus; dagegen ist die absolute Mehrheit der potenziellen PendlerInnen (95%) in der Befragung von Vavreckova zur täglichen Überwindung von maximal 100 km bereit.

Nur 13,5% der RespondentInnen im tschechisch-deutschen Grenzgebiet haben seit der Grenzöffnung Erfahrungen mit der Arbeit im Ausland gesammelt; der Anteil dieser Personengruppe in der gesamtstaatlichen Untersuchung liegt bei 5,1%.

Von den 2277 Befragten im tschechisch-deutschen Grenzgebiet (das sich etwa über 600 km erstreckt) haben 308 im Ausland gearbeitet, drei Viertel davon im benachbarten Deutschland. Konkrete Erfahrungen mit dem Pendeln haben 121 Personen, was einem Prozentsatz von 5,3% der Basisgruppe entspricht, sowie 40% der Personen mit Auslandserfahrung. Fast zwei Drittel der PendlerInnen finden sich im tschechisch-bayrischen Grenzbereich. Der Rest (35,5%) verteilt sich auf die nördliche Grenzregion zum Bundesland Sachsen. Die Untersuchungsergebnisse liefern keine Bestätigung für die Hypothese, wonach vor allem Personen aus Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit ins Ausland pendeln, im Gegenteil: Auch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit hat keinen Einfluss auf die PendlerInnenanzahl in der Region.

Die sozio-demografischen Charakterzüge der PendlerInnen nach Deutschland stimmen mit den PendlerInnen im tschechisch-österreichischen Grenzgebiet überein. Es überwiegen männliche Personen mittleren Alters mit relativ hoher beruflicher Qualifikation, insbesondere einer handwerklichen Ausbildung.

Die Art der im Ausland ausgeübten Tätigkeit hängt von der Nachfrage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ab: In erster Linie wurden Tätigkeiten im Gastgewerbe, im Bauwesen, in Montagebetrieben der Maschinenbauindustrie usw. ausgeübt - ausschließlich Tätigkeiten, für welche bei der einheimischen Bevölkerung kein Interesse besteht. Zwischen dem Ausbildungsniveau und der im Ausland ausgeübten Tätigkeit besteht bei der Mehrheit der PendlerInnen kein Zusammenhang. Eine der Ausbildung entsprechende Tätigkeit fanden hauptsächlich Personen mit abgeschlossener Lehre. Personen mit Mittelschul- und Hochschulausbildung mussten sich in den meisten Fällen mit einer minderqualifizierten Tätigkeit zufriedengeben.

Der Mitte der neunziger Jahre verzeichnete PendlerInnenboom tschechischer StaatsbürgerInnen in Deutschland ging in den Nachfolgejahren abrupt zurück. Verursacht wurde dieser Rückgang einerseits durch einschränkende Maßnahmen auf deutscher Seite, andererseits durch das sinkende Interesse der tschechischen Bevölkerung am Pendeln. Als mögliche Gründe für das mangelnde Interesse am Pendeln könnte einerseits die passive Haltung „Ich hatte keine Gelegenheit zu pendeln“ gelten, andererseits die Antwortvariante „Die Arbeit als PendlerIn reizt mich nicht, ich habe einen guten Arbeitsplatz in Tschechien“.

Dem Pendeln als künftige Zielform der Arbeitsmigration geben weniger als 30% der befragten Migrationswilligen den Vorzug. Der Rest sucht andere Formen der Beschäftigung in Deutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass auch nach dem EU-Beitritt Tschechiens und der Aufhebung der derzeitigen Regulationsmaßnahmen kein dramatisches Anwachsen der Migrationsbewegung einsetzen wird. Unter den erwähnten Bedingungen käme es nach den Haltungen der Befragten sogar zu einem Rückgang der PendlerInnenzahlen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Studie von Vavreckova zu dem Ergebnis kommt, dass Befürchtungen der westlichen Nachbarn der Tschechischen Republik, es könnte zu einem massiven Zustrom tschechischer Arbeitskräfte nach Deutschland kommen, unbegründet sind. Ein Beleg dafür ist auch die geringe Ausnutzung der bestehenden Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland, einschließlich des neuen „Green-Card“-Programms.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die Arbeitsmigration nach Deutschland keinen massenhaften, langfristigen Charakter hat bzw. haben wird.

Unter der Voraussetzung einer progressiven Annäherung der Real- und Nominallöhne in Tschechien und in Deutschland und im Hinblick auf die tschechische Mentalität mit ihrer starken emotionalen Heimatbindung, generell niedrigen Mobilitätsbereitschaft sowie unter Berücksichtigung der Sprachbarrieren und anderer sozio-ökonomischer Faktoren (z. B. Schaffung von heimischen Arbeitsplätzen durch ausländische Investoren, Ausweitung der angebotenen Formen der Auslandsmigration, ungünstige Bevölkerungsentwicklung usw.) ist in den Grenzgebieten auch im Lichte der künftigen Freizügigkeit der Arbeitskräfte kein signifikanter Anstieg der Arbeitsmigration zu erwarten (Vavreckova 2002).

Diskussion

Die Untersuchung Vavreckovas ist ein Beispiel einer soziologischen Untersuchung in Grenzregionen und liefert durch ihren Mix an qualitativen und quantitativen Verfahren vielfältige und valide Ergebnisse. Zudem beschränkt sich die Analyse auf den Status Quo und stellt gewagte Zukunftsprognosen hintan.

Vavreckova, Jana "Migration Potenzial of the Czech Population in the European Integration Process" (2003):

Problemstellung und Methode:

In dieser aktuellen Forschungsnotiz vergleicht Vavreckova Ergebnisse der weiter oben beschriebenen Untersuchungen in der Tschechischen Republik mit Daten einer im Frühsommer 2003 durchgeführten Fragebogenerhebung unter 1.101 TschechInnen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren. Die Befragung deckte die gesamte Tschechische Republik inkl. der Grenzregionen ab und konzentrierte sich auf die wichtigsten (durch die vorhergehenden Studien identifizierten) Indikatoren bzgl. des Themenkomplexes „Migrationstrends“.

Ergebnisse:

Im Zeitvergleich zeigt sich, dass sich an der prinzipiell eher niedrigen Migrationsbereitschaft seit dem Jahr 2000 wenig verändert hat. Angesichts der Medienkampagnen bzw. Informationsoffensive im Zuge der Vorbereitungen Tschechiens auf den EU-Beitritt im Mai 2004 ist aber eine etwas erhöhte Migrationstendenz festzustellen (2000 gaben 14,3% ein Migrationsinteresse an, 2003 17,5%; damit wird in Tschechien ca. der Wert erreicht, der 2000/2001 in den Grenzgebieten zu Deutschland und Österreich erhoben worden war). Temporäre Migrationsabsichten überwiegen weiterhin bei weitem. Wünsche nach permanenter Migration. Bzgl. der Dauer einer Migration erachtete 2003 der größte Anteil einen Auslandsaufenthalt für bis zu 2 Jahren für wahrscheinlich; zuvor gingen die meisten Befragten von einem Aufenthalt bis zu 1 Jahr aus.

Als Hauptzielländer wurden 2003 wiederum Deutschland und Österreich identifiziert. Das Interesse an diesen beiden Ländern ist sogar gestiegen, obwohl schon länger klar ist, dass es dort Übergangsregelungen bzgl. der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit geben wird und kein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt unmittelbar nach dem EU-Beitritt Tschechiens gegeben sein wird.

Bei potenziellen MigrantInnen im Allgemeinen sieht es laut Vavreckova so aus, dass jüngere Befragte (unter 30 Jahre) mittlerweile gut zwei Drittel des Migrationspotenzials ausmachen. Dass besser Gebildete eher eine Migration ins Auge fassen, wurde 2003 bestätigt; ein „Braindrain“ mit negativen Folgen für den tschechischen Arbeitsmarkt erscheint somit nicht ausgeschlossen.

Bei Studenten wurde sogar ein massiver Anstieg (Verdoppelung) des Migrationsinteresses seit 2000/2001 festgestellt. Die Studienautorin erwartet keine dramatische Zunahme der Zahl von GrenzpendlerInnen.

Diskussion:

Das Untersuchungssample ist mit einem N von 1.101 Befragten in der gesamten CR relativ klein, um repräsentative bzw. valide Aussagen treffen zu können, noch dazu, wenn man kleinere Untersuchungseinheiten wie etwa die Grenzregionen separat analysieren möchte. Daher sollten die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden. Ein qualitativ hochwertiges „Monitoring“ der Veränderungen müsste allerdings eine ebenso große Stichprobe wie in den Ausgangsuntersuchungen berücksichtigen.

Berencsi, Zsuzsa/ Sik, Endre *“Intentions to Emigrate and to Work Abroad in Hungary in 1993-1994” (1995):*

&

Sik, Endre *“Migration Potencial in Contemporary Hungary” (1998):*

Aus Ungarn liegen soziologische Studien von Berencsi/ Sik bzw. Sik vor, die für das Projekt LAMO von Bedeutung sind. Im Rahmen der Studie von Berencsi/ Sik wurde ein Haushaltspanel in Ungarn (N=3.700) durchgeführt: Die Befragung differenzierte zwischen einem angestrebten Auslandsaufenthalt für immer (1,3% der Befragten fielen in diese Kategorie), für einige Jahre (traf für 2,7% der Befragten zu) und für einige Wochen (galt für 3,8% der RespondentInnen). Die Ergebnisse deuten nur in den unmittelbaren Grenzregionen und nur für relativ kurze Zeiten auf ein Migrationspotenzial, das sich vor allem aufs Pendeln konzentrieren könnte, hin.

Die aktuellere Untersuchung von Sik (1998) kommt zu einem Migrationspotenzial von 5,9%, das gegenüber den vorherigen Wellen relativ konstant ist. 3-4% würden gerne im Ausland arbeiten, 1-2% haben den Wunsch, definitiv zu emigrieren. Die potenziellen MigrantInnen sind zu einem großen Prozentsatz männlich, relativ jung und hochqualifiziert.

Unklar bleibt, welche Fragen konkret gestellt wurden, ob also nach dem allgemeinen Migrationswunsch oder nach konkreten Handlungen gefragt wurde.

Massey et al. „Mexican Migration Project“ (1982 -):

Der Ansatz von Massey et al. beschäftigt sich bei der Erhebung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials vor allem mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation des Individuums und des Haushalts.

Dieser Ansatz auf Mikroebene hat sich in den USA empirisch bereits durchgesetzt, und zwar in Form von Dorfstudien in Mexiko; es gibt dazu auch Erfahrungen aus Afrika, Indien oder Lateinamerika. Das wichtigste Projekt in diesem Zusammenhang stellt jenes von Douglas Massey¹ dar.

Da der im Rahmen von LAMO verfolgte Forschungsansatz zur Erhebung des Migrations- und PendlerInnenpotenzials die Methode der Gemeindestudien, wie sie von Massey angewandt wird, in adaptierter Form einsetzen will, wird das mexikanische Beispiel in der Folge etwas näher erläutert.

Problemstellung und Methode

Jahr für Jahr werden in immer mehr Dörfern der zentralen mexikanischen Abwanderungsgebiete nach einem rigorosen Muster Umfragen durchgeführt und durch Befragungen unter den entsprechenden AuswanderInnen in den USA ergänzt. Dazu gibt es einige ähnliche Studien mit innovativen theoretischen Fragestellungen²; zudem ältere Literatur von Dorfstudien in den Agrargebieten der USA (Hendrix 1975).

Gächter³ bezeichnet die "Gemeinde- bzw. Dorfstudien", die im Rahmen des "Mexican Migration Projects"⁴ durchgeführt werden, als mögliche Alternativen zu den herkömmlich durchgeführten Umfragen zur Abschätzung des Migrations- und Pendelpotenzials.

Ziel dieses Projektes, das 1982 ins Leben gerufen wurde, ist es, den komplexen Prozess der mexikanischen Migration in die Vereinigten Staaten zu verstehen. Soziale und ökonomische Informationen sollen über die Migrationsabsichten informieren. Jeweils in den Wintermonaten werden die Interviews durchgeführt, da dann die potenziellen MigrantInnen bzw. PendlerInnen eher zu Hause anzutreffen sind. Basierend auf anthropologischen und soziologischen Forschungsmethoden werden mit halbstrukturierten Fragebögen soziodemographische Daten (erste Migrationserfahrung), Lebensgeschichte (Eigentums-, Wohnungs-, Arbeits- und Geschäftsgeschichte) aller Haushaltsmitglieder erhoben.

Weiters wird der Haushaltsvorstand über die letzte Reise in die USA befragt, die Art und Weise des Grenzübertritts, die Beziehung und die Zahl der begleitenden Verwandten sowie die Beziehung und die Zahl der bereits in den USA lebenden Verwandten. Die Verbindungen zu AmerikanerInnen, Sprachkenntnisse in Englisch, Berufsausbildung und Berufskennntnisse sowie Inanspruchnahme von amerikanischen Sozialleistungen werden ebenfalls erhoben.

Es wird also versucht, ein möglichst detailliertes Bild von den migrationsbedingenden Faktoren zu erhalten.

¹ vgl. Massey et al. 1987, Massey/ Singer 1995, Massey/ Espinosa 1997, Singer/ Massey 1998

² vgl. Taylor 1986, Stark/ Taylor 1989, 1991, Stark 1991

³ Gächter, A. (2000): Migrationsforschung in Österreich - Das Beispiel der EU-Osterweiterung. In: SWS-Rundschau 2/2000.

⁴ Mexican Migration Project: <http://lexis.pop.upenn.edu/mexmig>

Die Selektion der Kommunen, in denen die Studie durchgeführt werden, erfolgt nach bestimmten Regeln, um Daten zu erhalten, die als Basis für eine vergleichende Studie dienen und eine Verallgemeinerung zulassen. Relevant für die Auswahl der Kommunen sind Größe, Region, ethnische und ökonomische Zusammensetzung. Das Sample an Kommunen umfasst isolierte Städte, große ländliche Gebiete, kleine Städte, sehr große städtische Gebiete, und Gebiete mit einer bestimmten ArbeitnehmerInnenstruktur.

Generell werden jedes Jahr 200 Haushalte pro Kommune befragt, außer die Größe der Gemeinde liegt unter 500 EinwohnerInnen.

Im Zuge der Erhebungen werden auch Informationen über bereits in den USA lebende MigrantInnen gewonnen. Die Haushalte dieser MigrantInnen in den USA werden ebenso interviewt.

Dieser Ansatz wirkt vor allem dem Argument entgegen, dass in repräsentativen Stichproben zuwenig migrations- bzw. pendelwillige Personen enthalten sind und somit auf diesen Daten basierende Schätzungen nicht wirklich das Migrations- bzw. Pendelpotenzial wiedergeben.

Ergebnisse⁵

Den Ergebnissen der sehr aufschlussreichen Analyse von Massey/ Espinosa liegt die Prüfung von Hypothesen bzgl. theoretischer Konzepte von grenzüberschreitender Migration zugrunde – diese seien kurz angeführt:

Neoklassische Wirtschaftstheorien gehen davon aus, dass potenzielle MigrantInnen Kosten-Nutzen-Rechnungen bzgl. der Migration aufstellen, und zwar vor allem im Hinblick auf Lohnunterschiede zwischen Herkunfts- u. Migrationsland (Todaro/ Maruszko 1987). In der mexikanischen Studie wurden allerdings nicht offizielle Lohnstatistiken, sondern die subjektiven Erwartungen/Einschätzungen bzgl. der Löhne der befragten Personen für die Analyse herangezogen.

Zudem werden in dieser Theorie Inflationsraten oder dem Faktor Humankapital große Bedeutung beigemessen, beides Variablen, die tatsächlich auf Migration wirken.

Sozialkapitaltheorien gehen davon aus, dass soziale Netzwerke und Vorteile einer Migration direkt verbunden sind, z. B. durch geringere Kosten und Risiken durch Bezugspersonen in der Migration (z. B. Coleman 1990).

Die "Neuen Wirtschaftstheorien von Migration" (Stark/ Taylor 1989, 1991) gehen davon aus, dass die relevanten Variablen, die eine Migration erklären, nicht in Lohnunterschieden, sondern in Risikomaßen und im Bedürfnis von und Zugang zu Kapital begründet liegen. Ein hohes Zinsniveau in Mexiko z. B. erschwert den Zugang zu Kapital und führt eher zu Emigration.

Die Theorie der segmentierten Arbeitsmärkte (vgl. Piore 1979) wiederum argumentiert, dass Migration durch einen systemimmanenten Bedarf an ArbeitsmigrantInnen in fortschrittlichen Industrienationen begründet ist (jährliche Wirtschaftswachstumsrate als Variable).

⁵vgl. vor allem Massey/ Espinosa 1997

Die "Weltsystemtheorie" schließlich verbindet internationale Migration mit der Expansion der globalen Marktwirtschaft. Kapitalistische Entwicklungen führen laut dieser Theorie dazu, dass soziale und ökonomische Transformationen Menschen von ihrer angestammten Umgebung löst und in transnationale Arbeitsmärkte treibt (z. B. Castells 1989).

Die AutorInnen verwenden Daten, die in 25 mexikanischen Gemeinden gesammelt wurden, um individuelle Migrationsbiographien im Zeitverlauf mit 41 theoretisch definierten Prädiktoren für Migration in Beziehung zu setzen (dazu gehören individuelle, Haushalts-, Gemeinde-, und makroökonomische Faktoren). Die weltweit einzigartige empirische Basis von erhobenen Langzeitdaten (aus den Jahren 1987-1992) erlauben komplexe Analyseverfahren. Massey/ Espinosa kommen zu dem Ergebnis, dass für eine erste, eine wiederholte und eine Re-Migration eher Einflussfaktoren aus den Bereichen der Sozialkapitaltheorie und den "New Economics of Migration" eine bedeutendere Rolle zukommt als den Kosten-Nutzen-Rechnungen wie sie im neoklassischen Erklärungsmodell von Migration betont werden. Die AutorInnen beschreiben drei wesentliche wechselseitige Prozesse, die Migration positiv beeinflussen: Sozialkapitaltransformation, Humankapital-Bildung und Marktconsolidierung.

Diskussion

Aufgrund der Fülle erhobener mikroökonomischer und sozialer Variablen mittels eines komplexen semistrukturierten Fragebogens liefern die Daten des Mexican Migration Projects eine hervorragende Quelle zur Analyse von Migrationsphänomenen von Mexiko in die USA.

Die Übertragung des methodischen Ansatzes ist allerdings nur begrenzt möglich, da es sich dabei um eine sehr ressourcen- u. zeitaufwändiges Verfahren handelt. Allerdings bietet es einen guten Orientierungsrahmen für die Bedeutung bestimmter, in langjähriger Erfahrung zusammengestellten Indikatoren bzw. Einflussvariablen von Migration bzw. Pendeln, die in ähnlichen Untersuchungen auf alle Fälle berücksichtigt werden sollten.

Krieger, H. „Migration Trends in an enlarged Europe“ (2004)

Problemstellung und Methode

Die „European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions“ stellte Ende Februar 2004 Ergebnisse ihrer Studie „Migration Trends in an enlarged Europe“ vor. Das Ziel der Studie war es, die Einstellungen der Bevölkerung von EU-Beitritts- bzw. Kandidatenländern zu einer möglichen Migration in die EU auf verschiedenen Ebenen unter Berücksichtigung wichtiger Einflussfaktoren bzw. -indikatoren zu beleuchten.

Diese Ergebnisse basieren auf Eurobarometer-Umfragedaten, die in den 13 Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien und der Türkei im Frühjahr 2002 erhoben wurden. Repräsentative Samples der Bevölkerung ab 15 Jahren (1000 Befragte pro Land, außer Zypern und Malta mit je 500 sowie Polen und die Türkei mit je 2000) wurden befragt.

Ergebnisse:

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass aus den Beitrittsländern der EU-Erweiterungsrunde 2004 mit einem ähnlichen Potenzial an ImmigrantInnen zu rechnen sein wird wie bei der Süderweiterung der EU zu Beginn der 1980er-Jahre.

Das Migrationspotenzial von Personen ab einem Alter von 15 Jahren in den 13 Beitritts- bzw. Kandidatenländern, die eine starke Absicht bzgl. einer Emigration in die EU-15 äußern, wird für die nächsten 5 Jahre auf ca. 1% der Bevölkerung dieser Staaten geschätzt.

Das Potenzial von Personen, die weit weniger konkrete, aber doch vorhandene Migrationsabsichten haben, wird in der Studie mit rund 4,5% der Bevölkerung der Untersuchungsländer beziffert.

Zwischen den 13 Beitritts- bzw. Kandidatenländern variiert das Migrationspotenzial allerdings stark; das höchste Potenzial ist nach den Studienergebnissen in Bulgarien und Rumänien zu orten, während in der Türkei sich ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz an einer Migration interessiert zeigt. In den Beitrittsländern erreicht das Migrationspotenzial in der Regel den Durchschnittswert von ca. 1% der Bevölkerung.

Die Studie geht davon aus, dass ca. zwei Drittel aller Migrationsprozesse nur temporärer Natur sein werden.

Die potenziellen MigrantInnen aus den Beitritts- bzw. Kandidatenländern werden als jung, gut ausgebildet und eher als Singles charakterisiert.

Aufgrund der Ergebnisse muss in den Beitritts- bzw. Kandidatenländern mit einem „Youth Drain“ gerechnet werden (durchschnittlich ca. 2-3%, in Bulgarien und Rumänien sogar bis zu 10% der Jüngeren).

Der „Youth Drain“ dürfte in diesen Ländern mit einem „Brain Drain“ einhergehen, da nach den Studienergebnissen 3-5% der gut Ausgebildeten bzw. sogar 10% der StudentInnen emigrieren könnten.

Die Untersuchung zeigt, dass der Frauenanteil an den potenziellen MigrantInnen im Steigen begriffen sein dürfte, vor allem in Ungarn, der Tschechischen Republik und in der Slowakei, wogegen z. B. im Falle Bulgariens, Polens oder der Türkei der Männeranteil weiterhin deutlich überwiegt.

Diskussion:

Die Untersuchung basiert auf dem angenommenen Szenario einer vollkommenen Freizügigkeit am Arbeitsmarkt. Nach dem letzten Stand der Diskussion wird es aber nur in Irland einen sofortigen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt für BürgerInnen der Beitrittsländer geben, worauf bei der Interpretation der Ergebnisse Rücksicht genommen werden muss.

Die Studie kann aufgrund der verwendeten Methodik bezüglich der Dauer bestimmter Formen der Migration keine fundierten Aussagen treffen. Was in dieser Studie keine Berücksichtigung findet, sind die zeitliche Dimension von Migration, der Fokus auf Entscheidungsprozesse bzgl. der Migration innerhalb der Familie sowie die Messung konkreter migrationsvorbereitender Handlungen, denn die Kluft zwischen geäußelter Migrationsabsicht und dem tatsächlichen Verwirklichen der Migration ist groß und muss berücksichtigt werden.

5. Nationale Untersuchungen zur Abschätzung des Migrations- u. Pendelpotenzials aus den MOEL nach Österreich

Im folgenden Abschnitt werden nationale Studien, die mittels makroökonomischer oder soziologischer Analysen das Migrations- u. Pendelpotenzial aus MOEL nach Österreich abschätzen, beschrieben und deren wichtigste Ergebnisse für Österreich angeführt und diskutiert.

Vorbemerkungen

Die entscheidenden Fragen bzgl. des Pendel- bzw. Migrationspotenzials lauten: „Führt die Arbeitnehmerfreizügigkeit tatsächlich zu mehr Migration? Unter welchen Umständen? In welchem Ausmaß? In welchen Regionen? In welchen Branchen? Hat eine solche Zuwanderung bzw. Pendelmigration negative Auswirkungen auf die Erwerbs- u. Einkommenschancen der Ansässigen?“ (vgl. Gächter 2000).

Dabei sind zwei Bereiche auseinanderzuhalten: „Migration“ zum einen und „Folgen von Migration“ zum anderen, denn das Vorhandensein von Migration an sich lässt noch keinen Schluss auf deren Folgen zu. Über das Ausmaß der Migration wird viel geforscht, über die Folgen jedoch eher wenig. Der Spielraum für nationalstaatliche Interventionen bzw. für Migrationspolitik wird im Zuge der EU-Erweiterung kleiner. Der Anteil an ArbeitsmigrantInnen aus Beitrittsländern war bis dato aber jedenfalls sehr gering: 1997 waren es knapp 34.000 Personen; ohne Polen und Slowenien rund 20.000 (0,65% aller unselbständig Erwerbstätigen in Österreich, 6,7% aller ausländischen unselbständig Beschäftigten in Österreich). Die entsprechenden Anteile waren vor der Ostöffnung 1989/90 zwar noch geringer, dennoch kam der überwiegende Großteil der ausländischen ArbeitnehmerInnen in Österreich auch nach 1989 aus (Ex-)Jugoslawien bzw. der Türkei. Personen aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei waren und sind v. a. in der Baubranche deutlich überrepräsentiert, wie auch in der Land- u. Forstwirtschaft, dem Fremdenverkehr, im Handel sowie im Gesundheits- u. Sozialwesen.

Der Bedarf an billigen Arbeitskräften bzw. PendlerInnen wird vor allem in jenen Branchen deutlich sinken, die unter hohem Effizienzdruck stehen (Gächter 1998a). Es sind daher keine starken Nachfrageimpulse zu erwarten, wenngleich bedacht werden muss, dass MigrantInnen aus MOEL in der Regel über ein höheres Qualifikationsniveau verfügen als die traditionellen ArbeitsmigrantInnen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei.

Nach Auffassung Gächters sollte das PendlerInnenpotenzial durch Integration regionaler Wirtschaftsräume und Arbeitsmärkte, durch Förderung möglichst vieler Arbeitsplätze beiderseits der Grenze aktiv genutzt werden. Beide Seiten würden somit ihre Konkurrenzfähigkeit steigern und Investitionen anziehen.

Der immer wieder hergestellte Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Arbeitslosigkeit ist zumindest aus den Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger nicht nachweisbar (Gächter 1998b).

Es gibt zwar eine Vielzahl von Arbeiten, die sich mit der Quantifizierung des Migrationspotenzials befassen, allerdings gibt es keine gemeinsame Methodik oder zugrundeliegende Theorie. Die errechneten Zahlen weisen daher eine enorme Schwankungsbreite auf und sind zudem kaum als realistisch einzuschätzen. Seit Mitte der 1990er Jahre haben Ministerien und Sozialpartner in Österreich Untersuchungen in Auftrag gegeben, um vorherzusagen, wieviel Zuwanderung aus Beitrittsländern der bevorstehenden Erweiterungsrunde im Jahr 2004 (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) mit der Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen verbunden sein wird (Gächter 2000).

Der folgende Abschnitt beschreibt projektrelevante österreichische Studien über die erwartete Anzahl von Zuwanderinnen bzw. PendlerInnen nach Eintreten der Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen im Rahmen der EU-Erweiterung.

5.1 Ökonometrische Studien

Maier, Gunther *“Economic Integration in Central Europe: Cross-Border Trips in the Vienna-Bratislava Region” (1994)*

&

Huber, Peter *“Regional Impact of the EU Enlargement on Austria” (1998a):*

Problemstellung und Methode

Maier hatte auf Basis von Volkszählungsdaten von 1981 ein Gravitationsmodell für das Pendeln zwischen dreißig ostösterreichischen Bezirken und Wien geschätzt, das sich statistisch gut bewährte. In weiterer Folge legte er die Pendelmuster unter der Annahme einer völligen Liberalisierung des Personenverkehrs auf die Anrainerstaaten um.

Huber baute bei seiner Untersuchung auf der Arbeit von Maier auf und versuchte die erwarteten PendlerInnenströme in den grenznahen Regionen zu berechnen. Er berücksichtigte in seiner Analyse Regionen innerhalb 30 Kilometer von der Grenze sowie die großen Stadtregionen. In der zugrundeliegenden Gravitationsschätzung wurden Unterschiede im Arbeitsplatzangebot der Empfängerregion und den Arbeitskräften in der Entsenderegion einbezogen.

Ergebnisse

Maier kam in seiner Untersuchung zu dem Schluss, dass in Wien ca. 7400 PendlerInnen aus Bratislava zu erwarten seien, wobei der Autor aber anmerkt, dass die Ergebnisse nur für eine Situation ausgeglichener Löhne, Preise und Beschäftigungschancen gelten würde.

Huber kam zu dem Ergebnis, dass ohne Berücksichtigung der erheblichen sprachlichen und kulturellen Migrationsbarrieren zwischen Österreich und den MOEL, welche die Resultate überhöht erscheinen lassen, in etwa 15.000 PendlerInnen in den Grenzregionen erwartet werden können, während die großen Städte (Graz, Linz, Wien) ca. 30.000 PendlerInnen anziehen können.

Diskussion

Da in Maier´s Modell ein gleiches Lohnniveau unterstellt wird, sind die Ergebnisse für die Gegenwart belanglos. Zudem standen Maier die aktuelleren Volkszählungsergebnisse 1991 noch nicht zur Verfügung; auch Mängel hinsichtlich des Datenmaterials aus den Regionen jenseits der österreichischen Grenze lassen Unsicherheiten beim Ergebnis vermuten.

Huber berücksichtigte in seinem Modell ebenfalls die Lohnunterschiede nicht, obwohl sie ein bedeutendes Pendelmotiv darstellen. Wenngleich Huber selbst von einer Überschätzung seiner Ergebnisse spricht, bleibt eine Quantifizierung der Überschätzung durch den Autor allerdings aus.

Zu bedenken ist, dass Schätzungen von Distanz-Interaktionsmodellen immer bezogen auf Gleichgewichtssituationen und somit im Falle der Arbeitsmigration von PendlerInnen aus Beitrittsländern nur hypothetischer Natur ohne Wirklichkeitsbezug sind und daher kaum anwendbar sind. Der Bezug auf die Distanz als relevanter Faktor ist jedenfalls verbreitet geblieben (vgl. Gächter 2000).

Walterskirchen, Ewald/ Dietz, Raimund „*Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt*“ (1998):

Problemstellung und Methode

In dieser Studie wird versucht, das Potenzial an ZuwanderInnen und PendlerInnen aus den fünf MOEL (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) zu schätzen, das nach Gewährung der Freizügigkeit auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten könnte.

Walterskirchen/ Dietz (WIFO) liefern in ihrer Arbeit Berechnungen von Wohlfahrtsunterschieden als Migrationsursache und gehen vor allem von einem Migrationskoeffizienten nach *Barro/ Sala-Martin* (1995) aus, der laut Walterskirchen/ Dietz besagt, dass eine jährliche Abwanderung von 0,05% bis 0,15% der Bevölkerung auf ein Wohlstandsgefälle von 10% zurückgeht.

Ergebnisse

Nach Walterskirchen/ Dietz würde bei einer sofortigen EU-Osterweiterung ohne Übergangsfristen im ersten Jahr ein zusätzliches Arbeitskräfteangebot von etwa 47.000 Personen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten. Davon entfielen 26.000 auf EinpendlerInnen, 21.000 auf ZuwanderInnen. Bei einer Annahme eines Beitrittszeitpunkt 2005 der MOEL kommt die Studie zu einer jährlichen Zahl von 42.000 MigrantInnen und PendlerInnen (mit sinkenden Raten). Bei einer angenommenen – durch Übergangsfristen - auf das Jahr 2015 hinausgeschobenen ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit, wären dann nur mehr Wanderungs- bzw. Pendelströme von 32.000 Personen pro Jahr zu erwarten.

Diese Studie plädiert dafür, die Übergangsfristen für die Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen bis zu dem Zeitpunkt zu erstrecken, an dem im jeweiligen Beitrittsland die durchschnittliche Kaufkraft der EinwohnerInnen 70% des EU-Durchschnitts erreicht haben (Slowenien, Tschechien 2015, Slowakei 2020, Polen, Ungarn Jahrzehnte später).

Der PendlerInnenzustrom hängt nämlich laut Walterskirchen nicht wie die ökonomisch motivierte Migration von den Unterschieden im BIP pro Kopf zu Kaufparitäten ab, sondern von den Lohnunterschieden zu aktuellen Wechselkursen.

Diskussion

Im Zuge der Diskussion der Studienergebnisse wird vor allem auf Argumente von Gächter (2000) zurückgegriffen:

Die als Argumentationsgrundlage dienenden Zahlen beruhen laut Gächter (2000) auf der dem Zusammenhang entrissenen und unzulässig zweckentfremdeten Verwendung eines einzelnen Koeffizienten aus einer Regressionsgleichung (nach Barro/ Sala-i-Martin 1995) und sind somit nicht aussagekräftig und liefern eigentlich kein sinnvolles Ergebnis (Gächter 2000).

Die angenommene Migrationsschwelle von 70% weist erfahrungsgemäß keine Bedeutung auf (siehe Griechenland, Portugal im Zuge der EU-Süderweiterung), Einkommensunterschiede zeitigen trotz Freizügigkeit (oder vielleicht gerade deswegen) keine Migrationsfolgen.

Die Abschätzung von PendlerInnen nach Walterskirchen/ Dietz bleibt ohne Stichhaltigkeit, außerdem hätten die Lohnunterschiede in den Grenzregionen herangezogen werden müssen (in Österreich liegt das Lohnniveau dort unter dem Landesdurchschnitt, im Ausland tendenziell gerade umgekehrt). Man darf auch nicht auf Grenzregionen mit bestimmter Distanz zur Grenze ausgehen, eine relevante Variable wäre dagegen die „Distanz zu möglichen Arbeitsplätzen“ (Landesmann 1999, 6). Die in der Studie angeführte Übereinstimmung mit den Umfrageergebnissen von Fassmann/ Hintermann ist zudem nicht nachvollziehbar (vgl. Gächter 2000).

Abschließend sei angemerkt, dass Walterskirchen/ Dietz zum Zeitpunkt ihrer Studie einen Beitrittstermin 2005 (und nicht wie tatsächlich 2004) annahmen und auch die Slowakei nicht als Kandidaten dieser Beitrittsrunde einschätzten.

Zakarias, Gerold/ Faßbender, Stephan „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in der Steiermark, Kärnten und Osttirol bis 2011“ (2003):

Problemstellung und Methode

Eine aktuellere makroökonomische Studie aus Österreich zu den Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung legten 2003 Zakarias/ Faßbender (Joanneum-Research Graz) vor. Die Arbeit basiert methodisch auf jener von Brücker et al. und adaptiert deren Ergebnisse auf Österreich unter Berücksichtigung der geänderten Beitrittszeitpunkte bzw. -länder. Als Brücker seine Studie erarbeitete, ging er von einer Beitrittsrunde 2002 aus, zudem wurden Bulgarien und Rumänien als Beitrittsländer dieser ersten Runde angenommen, wodurch bei der Adaptierung berücksichtigt werden muss, dass ein Beitritt Bulgariens und Rumäniens frühestens 2007 erfolgen wird und daher erst ab diesem Zeitpunkt das von Brücker errechnete Zuwanderungspotenzial aus diesen Staaten berücksichtigt werden kann. Außerdem werden Obergrenzen potenzieller ArbeitsmigrantInnen angeführt mit dem Hinweis, dass Voraussetzung für eine Realisierung dieses Potenzials die volle Freizügigkeit bereits zum Beitrittszeitpunkt der Kandidatenländer ist.

Ergebnisse

Bis 2011 würden laut den Studienautoren maximal knapp 180.000 Personen aus MOEL nach Österreich zuwandern (davon etwas über 70.000 Arbeitskräfte). Die Regionalisierung der ermittelten Summe von potenziellen Arbeitskräften aus den MOEL in Österreich auf die Regionen Steiermark, Kärnten und Osttirol erfolgte durch Zakarias/ Faßbender entsprechend der sogenannten Netzwerktheorie auf Basis der derzeitigen Siedlungsgewohnheiten der ZuwanderInnen aus den betreffenden MOEL.

Huber, Peter/ Brücker, Herbert „Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach der EU-Erweiterung“ (2003):

Problemstellung und Methode

Ziel dieser erst kürzlich publizierten Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin war es, eine Zusammenfassung der Diskussion vor den Beitrittsabkommen mit den Mittel- und Osteuropäischen Beitrittskandidatenländern zu liefern und einen Beitrag zur Debatte über die Ausnutzung der Übergangsfristen in Österreich zu leisten.

Grundlage der Ergebnisse bzgl. der Abschätzung des Migrations- und Pendelpotenzials stellt ein ökonometrisches Modell, das sich stark an dem Ansatz von Brücker et al. aus dem Jahr 2001 (vgl. Kap. 4.1) anlehnt, dar. Der Ansatz geht davon aus, dass eine ökonomische Gleichgewichtsbeziehung zwischen den Migrationsbeständen in einem Land und den erklärenden Variablen existiert.

Die zentralen Annahmen des verwendeten Schätzmodells sind:

- ◆ Die Einkommenserwartungen potenzieller ArbeitsmigrantInnen hängen von Arbeitsmarktbedingungen bzw. den Beschäftigungsraten am jeweiligen Ort ab.
- ◆ Individuen sind risikoavers, aber die Ungewissheit über die künftige Entwicklung ist auf die Entwicklung der Beschäftigung beschränkt.
- ◆ Die Wanderungsmöglichkeiten werden aufgrund unvollkommener Kapitalmärkte durch die Liquidität der MigrantInnen beschränkt.
- ◆ Der Migrationsbestand passt sich aufgrund der Kosten der Wanderung nur mit Verzögerungen an Veränderungen der ökonomischen Variablen an.
- ◆ Länderspezifische Faktoren wie geographische Lage, Sprache, Kultur usw. beeinflussen die Erträge und Kosten der Wanderung.
- ◆ Das Modell unterscheidet nicht zwischen temporärer und permanenter Migration, betrachtet beide Formen der Migration aber als Investitionsentscheidung.

Als Datenquelle der Berechnungen dienen:

- ◆ Wanderungsstatistiken der Statistik Austria seit 1996, da erst ab diesem Zeitpunkt Herkunftsländer getrennt ausgewiesen werden
- ◆ World Development Indicators 2002 und 2003 der Weltbank
- ◆ OECD (Historical Statistics und Main Economic Indicators)
- ◆ Nationale statistische Ämter

Ergebnisse

Die Studienautoren Peter Huber (WIFO) und Herbert Brücker (DIW) gehen mittelfristig von einem Zuwanderungspotenzial von 230.000 MigrantInnen und 70.000 PendlerInnen aus. Würde man die Freizügigkeit bereits im ersten Jahr nach dem Beitritt gewähren, wäre nach diesen Berechnungen mit etwa 22.000 bis 24.000 ZuwanderInnen aus den neuen Mitgliedsländern zu rechnen. In den Folgejahren würde sich diese Zuwanderung verringern. Allerdings sei dieser Zustrom an Arbeitskräften durch Österreich steuerbar und kann auch entsprechende geringer ausfallen.

Das WIFO warnt allerdings vor einem übervorsichtigen Vorgehen, das dazu führen könnte, dass das Zuwanderungspotenzial nicht rasch genug abgebaut wird und der Arbeitsmarkt nach dem Ende der Übergangsfrist überlastet wäre. Um das Migrationspotenzial bis zur vollständigen Arbeitsmarktliberalisierung gleichmäßig abzubauen, wäre ein erhöhter Zustrom von etwa 9.000 bis 12.000 Arbeitskräften pro Jahr notwendig, schätzen die beiden Wirtschaftsforscher. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung Österreichs bis 2020 um 360.000 Personen sinken und die Altersstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung sich dramatisch verschlechtern, heißt es in der Studie.

Insgesamt werde laut Huber/ Brücker die EU-Erweiterung positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Österreich haben, allerdings würden nicht alle Personen, Regionen und Branchen im gleichen Maße profitieren. Hier müsse der Staat durch begleitende Umverteilungsmaßnahmen die Auswirkungen auf die nachteilig betroffenen Gruppen mildern. Ein wichtiges Steuerungsinstrument sei die Qualifikationsstruktur der ZuwanderInnen: Je besser es gelinge, hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, desto geringer seien die zu erwartenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und umso höher die positiven Auswirkungen auf die Wertschöpfung. Ein besonderes Problem könnte jedoch die Schwarzarbeit darstellen, da die Übergangsfristen nur den Arbeitsmarkt, nicht aber das Aufenthaltsrecht betreffen. Hier kann der Staat laut Studie vor allem durch Kontrollen und entsprechende Strafen steuernd eingreifen.

Brücker/ Huber empfehlen eine vorsichtige Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes schon im kommenden Jahr (2004), um einerseits der Überalterung der österreichischen Bevölkerung entgegenzuwirken und andererseits das vorhandene Zuwanderungspotenzial aus den neuen EU-Ländern gleichmäßig zu verteilen.

Den Ängsten in den "alten" EU-Staaten vor einer Migrationswelle nach Westen sei in den Beitrittsabkommen mit den Mittel- und Osteuropäischen Beitrittsländern durch die Vereinbarung von Übergangsfristen für die Zuwanderung Rechnung getragen worden. Diese Fristen würden den einzelnen EU-Mitgliedern sehr viel Handlungsspielraum lassen, den man jetzt geschickt nutzen müsse, heißt es in der Studie.

Diskussion

Im Gegensatz zu der methodisch gut vergleichbaren Studie von Brücker et al. (2001) gehen die Studienautoren vom tatsächlich gegebenen Beitrittsszenario 2004 aus und berücksichtigen somit die richtigen Beitrittsländer und auch den richtigen Beitrittszeitpunkt, wodurch Zukunftsprognosen bzgl. der Entwicklung der Zuwanderung mit weniger Unsicherheit behaftet sind. Da die Heranziehung von Wohlstandsunterschieden als Erklärungsfaktor für eine Migrationsentscheidung von sehr vielen modellhaften Annahmen ausgehen, darf nicht übersehen werden, dass die Ergebnisse nur als Schätzung zu verstehen sind.

5.2 Mikroanalytische Studie aus Österreich

Fassmann, Heinz/ Hintermann, Christiane „*Migrationspotenzial Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potenzieller MigrantInnen aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn*“ (1997):

Problemstellung und Methode

Die Studien von Fassmann/ Hintermann, Christiane (1997, 1999) basieren auf einer Fragebogenerhebung mit rund 50 Fragen, die folgende Themenbereiche abdeckten:

- ◆ soziodemographische und sozioökonomische Grundcharakteristika
- ◆ Migrationsabsicht und -motivation
- ◆ bisherige Migrationserfahrung
- ◆ Erwartungen vom Zielland
- ◆ Pendelabsicht und bisherige Pendelerfahrung

Befragt wurden 4392 Personen; es handelte sich um eine Quotastichprobe der ab 14-Jährigen in Polen, in der Slowakei, in Tschechien und in Ungarn. Die Interviews wurden in Form einer One-Issue-Erhebung in den Haushalten durchgeführt.

Nach dem Anstieg der Arbeitsmigration nach 1989 erhöhte sich auch die Pendelwanderung, allerdings ist es schwierig, valide empirische Daten über deren Ausmaß zu finden (Volkszählungen erfassen nur die österreichische Wohnbevölkerung, Arbeitsmarktstatistiken erfassen alle im Inland beschäftigten AusländerInnen unabhängig von deren Wohnort) (Layard et al. sprechen 1992 von einem längerfristigen PendlerInnenpotenzial von 3% der jeweiligen Bevölkerung). Eine Schätzmöglichkeit ergibt sich aus dem Vergleich der berufstätigen AusländerInnen in der Volkszählung mit jenen des AMS (Fassmann/ Hintermann 1999). Aus der Differenz der Angaben kann auf die Pendelwanderung geschlossen werden: Für 1991 lag die Zahl der berufstätigen AusländerInnen aus den Visegrad-Staaten um 3000 über dem Wert der Volkszählung (= Untergrenze der Pendelwanderung für dieses Jahr – bei Ungarn bzw. der CSFR lag der Wert noch höher: Knapp ein Viertel der Arbeitskräfte aus Ungarn und 14% derjenigen aus der CSFR gehörten nicht der österreichischen Wohnbevölkerung an). Im Juli 1995 betrug die amtliche Zahl der EinpendlerInnen aus Reformstaaten über 6.600 Personen (doppelt so viele wie 1991). Aufgrund von Grenzzählungen kamen Fassmann/ Hintermann zu dem Schluss, dass alleine aus der Slowakei über 3.000 Personen einpendeln (= 3x so viel wie nach den Volkszählungsschätzungen und 3x so viel wie nach den offiziellen Zahlen des AMS 1995).

Fassmann/ Hintermann liefern in ihren Arbeiten auch abseits der Analyse der konkreten Umfrageergebnisse interessante Ergebnisse einer Annoncenanalyse im „BAZAR“ bzgl. Arbeitssuchender aus Ostmitteleuropa, zudem thematisieren sie das Problem des Schwarzarbeitsmarkts und damit der illegal Beschäftigten, die kaum quantifiziert werden können.

Ergebnisse

Die Hauptergebnisse der Fragebogenerhebung sind:

Das „wahrscheinliche Migrationspotenzial“, also das Potenzial von von Personen, die bereits bestimmte Schritte unternommen hatten (Genehmigungen bzw. Informationen über Wohnung, Arbeitsplatz eingeholt) beziffern Fassmann/ Hintermann 1999 auf Österreich bezogen mit 870.000 Personen. Das „allgemeines Migrationspotenzial“, also alle Personen, die daran denken, ins Ausland zu gehen, wird mit 2 Mio. Personen angegeben. Das „tatsächliche Migrationspotenzial“, also Personen, die einen auf Österreich bezogenen Antrag für die erforderlichen Bewilligungen (Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung) gestellt hatten, wird in der Größenordnung von 150.000 Personen angenommen.

Zieht man größere räumliche Einheiten als Analyseebene heran, so bestätigen sich in den Ergebnissen nach Fassmann/ Hintermann die Hypothesen des push-and-pull-Modells, wonach höhere Arbeitslosigkeit und schlechte wirtschaftliche Situation die Migrationsbereitschaft positiv beeinflussen. Im Folgenden sind die erhobenen Motive für die Wahl eines konkreten Ziellandes, für Migration im Allgemeinen sowie die Migrationsbarrieren aufgelistet.

Motive für Ziellandwahl (absteigende Auflistung):

- ◆ Geographische Nähe
- ◆ Ruhiges, sicheres und politisch stabiles Land
- ◆ Arbeitsmarktsituation in dem Land ist gut
- ◆ Freunde bzw. Bekannte
- ◆ Familienangehörige bzw. Verwandte leben bereits in dem Land
- ◆ Einfach, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen

Migrationsmotive (absteigende Auflistung):

- ◆ Höherer Verdienst
- ◆ Bessere Arbeitsbedingungen
- ◆ Neugierde, Abenteuerlust
- ◆ Bessere Karrierechancen
- ◆ Weiterbildungsmöglichkeiten
- ◆ Arbeitslosigkeit
- ◆ Politische Situation
- ◆ Schlechte Umweltsituation
- ◆ Familie im Ausland
- ◆ Ethnische Minderheit

Migrationsbarrieren/Sesshaftigkeit (absteigende Auflistung):

- ◆ Bindungen in der Heimat
- ◆ Sicherer Arbeitsplatz
- ◆ Keine Fremdsprachenkenntnisse
- ◆ Aufwand zu groß
- ◆ Aufenthalts- u. Arbeitsgenehmigung
- ◆ Angst vor fremder Umgebung
- ◆ Ausländerfeindlichkeit
- ◆ Schlechte Erfahrungen Dritter

Die Erwartungen und Zukunftsperspektiven der potenziellen MigrantInnen sind laut Fassmann/ Hintermann:

- ◆ 20% der Befragten meinen, dass es einfach sei, im Ausland Arbeit zu finden (in Tschechien und Ungarn findet man überdurchschnittliche Werte).
- ◆ Es ist ein starker Zusammenhang zwischen objektiver Ausbildung und der subjektiven Erwartung eines qualifizierten Arbeitsplatzes im Zielland festzustellen.
- ◆ Die überwiegende Mehrheit der Befragten würde eine Arbeit annehmen, die unter dem Ausbildungsniveau liegt, was einen „Brain Drain“ befürchten lässt.
- ◆ Hinsichtlich des Einkommens, das mit Arbeit im Ausland erzielt werden könnte, zeigen sich auf das Zielland Österreich bezogen relative niedrige Erwartungen.

Das im Ausland verdiente Einkommen wird wie folgt verwendet (*absteigende Auflistung*):

- ◆ Finanzierung des täglichen Lebens
- ◆ Ausbildung der Kinder
- ◆ Kauf teurer Konsumgüter
- ◆ Geldsendungen in Heimat
- ◆ Bau/Kauf eines Eigenheims
- ◆ Kauf Eigentumswohnung
- ◆ Aufbau eines eigenen Betriebs

Zielgebiete der Pendelwanderung sind laut Fassmann/ Hintermann vor allem das Burgenland, auf das nahezu die Hälfte aller PendlerInnen aus Ostmitteleuropa entfällt. 1989, im Jahr der Wende in Mitteleuropa, arbeiteten 1.286 AusländerInnen legal im Burgenland; 1991 hatte sich die Zahl mehr als verdreifacht (4.400) und 2001 bereits versechsfacht (7.889). Der Anteil der ungarischen Arbeitskräfte an der Ausländerbeschäftigung im Burgenland stieg von knapp 37% im Jahr 1989 auf ca. 56% im Jahr 2001. Im gleichen Ausmaß sank die Zahl der sonstigen ausländischen Arbeitskräfte von etwas über 63% im Jahr 1989 auf knapp 44% im Jahr 2001 (vgl. Polsterer 2003).

Knapp ein Drittel der PendlerInnen hat in NÖ eine Beschäftigung gefunden (in der Steiermark sind die SlowenInnen von Bedeutung).

Laut Huber (2001) gab es 1999 in Österreich offiziell 662 PendlerInnen und ca. 5200 GrenzgängerInnen, die nur in den unmittelbar an der Grenze zum Heimatland liegenden Bezirken (sowie in Rust u. Eisenstadt) arbeiteten.⁶

Es sind in erster Linie die grenznahen Bezirke Ostösterreichs, in welchen die Arbeitsmigration aus Ostmitteleuropa eine wichtige Rolle spielt, wobei die Stadt-Großstadt-Wanderung überwiegt.

Befragungen ermöglichen aber prinzipiell auch Informationen über die Charakteristika der potenziellen MigrantInnen. Nach Fassmann/ Hintermann (1997) würde sich mehr als ein Drittel des migrationsrelevanten Potenzials von 711.000 Personen aus Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn für Deutschland als Zielland entscheiden, rund ein Viertel für Österreich (bei Ungarn liegen Deutschland und Österreich sogar gleich auf).

⁶ Mit Ungarn gibt es bereits seit 1998 ein Grenzgängerabkommen. Es legt Grenzzonen als grenznahe Gebiete fest und regelt die Erleichterung der Beschäftigung von GrenzgängerInnen (die im Gegensatz zu PendlerInnen täglich zu ihrem Wohnsitz im Heimatland zurückkehren müssen; vgl. Polsterer 2003) in diesen Regionen. Mit Tschechien wurde ein entsprechendes Abkommen im Sommer 2001 unterzeichnet, dieses wurde aber bis dato noch nicht ratifiziert. Ein Grenzgängerabkommen mit der Slowakei ist in Planung.

Zwei Drittel der Befragten ziehen eine kurz- bis mittelfristige Arbeitsmigration vor, für viele würde ein Pendeln auf Tages- oder Wochenbasis die ideale Form der Arbeitsmigration darstellen (wobei berücksichtigt werden muss, dass in vielen Fällen die Pendeldistanzen wohl zu groß wären).

Männer äußern häufiger einen Abwanderungswunsch als Frauen, drei Viertel sind unter 40 Jahre; zwei Drittel wollen zudem alleine migrieren mit möglicher Familienzusammenführung in den Folgejahren.

Das Bildungsniveau ist relativ hoch. Das erzielte Einkommen durch die Arbeitsmigration würde eher zur Finanzierung des täglichen Lebens, zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter und für die Ausbildung der Kinder verwendet werden als für einen Rücktransfer in Form der Betriebs- oder Geschäftsgründung im Herkunftsland. Zwischen Migrationsbereitschaft und der tatsächlichen Migration muss aber klar unterschieden werden.

Diskussion

In der Studie wird angemerkt, dass keine vollständige räumliche Repräsentativität des Samples vorliegt. Dadurch sei eine regionale Analyse schwierig. Fassmann selbst geht aber von einer eher geringen Bedeutung der räumlichen Distanz aus, eine Annahme, die aber erst bestätigt bzw. widerlegt werden müsste.

Es werden Migrationspotenziale hochgerechnet, wobei die Ergebnisse nicht mit den im Untersuchungszeitraum tatsächlich erfolgten Anträgen aus dem Ausland auf Niederlassungsbewilligung in Relation stehen (vgl. Gächter 2000).

5.3 Schlussfolgerungen

Der Schluss, der aus den vorliegenden einschlägigen Studien aus Österreich gezogen werden kann ist folgender: Die Messung subjektiver Einstellungen und Absichten, Berechnungen auf Basis von Wohlstandsunterschieden und Gravitationsmodelle führen methodenbedingt zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Wohlstandsunterschiede in ökonometrischen Modellen sind mit großen Einschränkungen für die Klärung der Frage der Migration von einem Ort zum anderen heranziehbar. Die Anwendung von Gravitationsmodellen ist in einem sprachlich und wirtschaftlich homogenen Raum von Bedeutung, beim Pendeln über internationale Grenzen liefern sie lediglich grobe Schätzungen.

Bei der Anwendung soziologischer Methoden gilt es zu bedenken, dass der Anteil an befragten MigrantInnen oder Migrationswilligen in Stichproben relativ klein ist, breite Konfidenzintervalle zu berücksichtigen sind und Hochrechnungen nur ungenaue Ergebnisse liefern. Zudem kann von einer Migrationsabsicht noch nicht auf eine Realisierung einer Migration geschlossen werden.

Was bei einschlägigen Forschungsvorhaben laut Gächter (2000) besonders beachtet werden sollte:

- ◆ Die Realisierungsmöglichkeiten von Migrationsabsichten sind zu berücksichtigen: oft sind hindernde bzw. förderliche Umstände in der Familie gegeben oder liegen im Anspruch auf Sozialleistungen begründet.
- ◆ Nicht nur die Entscheidung für Migration an sich, sondern die Wahl eines konkreten Zielortes ist wichtig. Dies kann zu einer zeitlich verzögerten Migration führen, indem man evtl. länger wartet, bis sich eine konkrete Möglichkeit zur Migration ergibt; oder aber die Migration unterbleibt völlig.

- ◆ Zwischen ökonomischen und politischen Migrationsmotiven muss unterschieden werden.
- ◆ Netzwerke müssen als erklärende bzw. migrationauslösende Faktoren berücksichtigt werden.
- ◆ Das Phänomen der zirkulierenden Migration (Pendeln) verbindet Einkommensmaximierung und Minimierung der Ausgaben im vorübergehenden Aufenthaltsland (der Konsum erfolgt hauptsächlich im Herkunftsland).
- ◆ Zu hinterfragen ist stets: Welche Faktoren für Migrationsentscheidungen sind wichtiger? Erwartungen an die Zukunft oder die aktuelle Situation? Und: Wie kostspielig darf Migration sein?

Eine weitere Quelle relevanter Informationen zur Abschätzung des Pendel- u. Migrationspotenzials sind Ergebnisse von ExpertInnenbefragungen:

6. ExpertInnenbefragungen zur Abschätzung des Migrations- u. Pendelpotenzials

Die meist mündlich durchgeführten ExpertInnenbefragungen ermöglichen in erster Linie einen Vergleich der in Fachkreisen vertretenen Ansichten zu einer bestimmten Thematik. Sie sind daher nicht zur Ermittlung quantitativer Migrationsschätzungen geeignet, sondern werden hauptsächlich als ergänzender Kommentar zu vorhandenen Forschungsergebnissen herangezogen. Ein Spezialfall ist die Delphi-Methode, bei der ein Kreis von ExpertInnen in mehreren Runden schriftlich befragt wird (Fassmann/Münz 2002).

Für das Projekt LAMO sind speziell die Ergebnisse der im Rahmen der Studie von Vavreckova (2002) durchgeführten ExpertInneninterviews von Interesse und werden im Folgenden kurz dargestellt:

Die befragten ExpertInnen in tschechischen Grenzregionen vor allem zu Deutschland (MitarbeiterInnen der Arbeits- und Landkreisämter, BürgermeisterInnen ausgewählter Gemeinden) rechnen bzgl. des Pendelpotenzials mit einer Stagnierung des derzeitigen Stands (weniger als 30% der befragten Migrationswilligen in der repräsentativen Umfrage gaben dem Pendeln als Migrationsform den Vorzug) oder einem leichten, lokalen Anstieg von etwa 10%. Häufig wurde das Argument angeführt, dass junge, gut ausgebildete Menschen lieber in der Heimat eine Karriere aufbauen, die Arbeitslosen es vorzögen, von Sozialleistungen, selbst gezogenem Gemüse und Gelegenheitsjobs zu leben, während migrationswillige Personen mit den erforderlichen sprachlichen und fachlichen Voraussetzungen ohnehin bereits im Nachbarland arbeiteten. Dem Rest der Bevölkerung fehle zum Pendeln entweder der Mut, die persönlichen Voraussetzungen oder ganz einfach das Interesse.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass zur Zeit in Österreich ein mehrjähriges Projekt von L&R Sozialforschung mit dem Namen „Expertenakademie“ läuft. Übergreifendes Ziel des Vorhabens ist es, eine strukturierte und institutionelle Basis für eine systematische Kooperation in der österreichisch-tschechischen bzw. österreichisch-ungarischen Grenzregion zu schaffen und damit einen Beitrag zur Unterstützung der EU-Erweiterung in diesem geografischen Raum zu leisten. Wesentliche konkrete Zielsetzungen der Expertenakademie sind in diesem Zusammenhang: Unterstützung der Grenzregionen beim Aufbau von Strukturen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; Know-How Transfer; Diskussion von Good-Practice Modellen; generelle Unterstützung der Grenzregion im Rahmen des EU-Beitritts unter besonderer Bezugnahme auf das Grenzgängerabkommen zwischen Österreich und Tschechien.

7. Unternehmensbefragungen als ergänzendes Element zur Analyse des Migrations- u. Pendelpotenzials

Als wichtige Ergänzung zu Befragungen der Bevölkerung bzw. von Bevölkerungsgruppen hinsichtlich des Migrations- bzw. Pendelpotenzials sind Unternehmensbefragungen zu sehen, da im Rahmen dieser Befragungen der Bedarf an Arbeitskräften in den Regionen bzw. Branchen erhoben wird. Der Angebotsseite von Arbeitskräften wird die Bedarfsseite gegenübergestellt und in die Analysen betreffend die Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung miteinbezogen.

Unternehmensbefragungen in Österreich im Zusammenhang mit EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration, die für das Projekt LAMO Bedeutung haben, möchten wir in der Folge anführen:

Institut für Gewerbe- u. Handwerksforschung „Das burgenländische Gewerbe und Handwerk – Szenario 2005, Auswirkungen der EU-Osterweiterung“ (1998):

Problemstellung und Methode

Ziel dieser Analyse war es, Indikatoren zu finden und in eine anwendbare Form zu bringen, mittels derer die Betroffenheit der einzelnen Gewerbe- und Handwerksbranchen durch die EU-Erweiterung bestimmt werden konnten.

Der letztendlich angewandte Faktorenkatalog bestand aus einem allgemeinen Betroffenheitsfaktor, der sich nach der Art der Leistung und der Mobilität der Leistung bestimmte. Arbeits- und Kapitalintensität wurden schließlich als preisliche Wettbewerbsfaktoren verwendet, wobei eine höhere Arbeitsintensität grundsätzlich eher nachteilig bewertet wurde, eine höhere Kapitalintensität hingegen eher positiv. Als nichtpreisliche Wettbewerbsfaktoren konnten die Skill-Intensität (Know-How), die Fortschrittlichkeit, Spezialisierungstendenzen, Handelsanteile und Exportintensität identifiziert werden. Daraus ergaben sich branchenspezifische Indizes, die das Ausmaß der positiven und negativen Betroffenheit widerspiegeln.

In einer empirischen Erhebung unter ca. 500 Betrieben im Burgenland und in Ungarn wurde die subjektive Einschätzung der Unternehmer bzgl. der Auswirkungen der EU-Erweiterung erfasst. Die Ergebnisse der objektiven Betroffenheitsanalyse anhand der oben geschilderten Indikatoren waren grundsätzlich durchwegs positiver bzw. weniger negativ als die subjektiven Einschätzungen.

Ein deutlicher Unterschied ergab sich beispielsweise beim Baugewerbe, bei dem die objektive Betroffenheitsanalyse zu einer leicht positiven Einschätzung kommt, während die subjektiven Einschätzungen der Unternehmer eher negativ sind.

Große Übereinstimmung gab es im Bereich Holz und bei den Baunebengewerben, bei denen die subjektiven Einschätzungen mit dem negativen Ergebnis der Betroffenheitsanalyse korrespondierten. Sowohl in der subjektiven als auch in der objektiven Analyse ergab sich eine positive Einschätzung der Auswirkungen auf den Bereich der modernen Wirtschaftsdienstleistungen. Auch die relativ positiven Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung im Bereich Druck bestätigten sich sowohl in der subjektiven, als auch in der objektiven Analyse.

Ergebnisse

Von den knapp 500 befragten burgenländischen Gewerbe- und Handwerksbetrieben beschäftigen bereits eine Vielzahl Arbeitskräfte aus der Slowakei, Ungarn und Slowenien, die knapp 10% der insgesamt Beschäftigten ausmachen. Nur 22% der Betriebe wollen im Fall einer EU-Erweiterung zusätzliche Arbeitskräfte aus diesen Ländern beschäftigen, wobei diese vorwiegend für Facharbeiten eingesetzt werden sollen. Als wesentlichen Vorteil dieser Arbeitskräfte sieht man geringere Kosten und eine höhere Arbeitsbereitschaft.

Keines der befragten ungarischen Unternehmen beschäftigte zum Zeitpunkt der Erhebung EU-AusländerInnen oder ÖsterreicherInnen, aber 36,5% dieser Betriebe beabsichtigten nach dem EU-Beitritt Ungarns solche Arbeitskräfte anzustellen, wobei diese einerseits für hochqualifizierte Arbeiten, andererseits für Führungs- und Managementaufgaben herangezogen werden sollen.

Ängste werden bei der allgemeinen Frage nach Gefahren und Chancen besonders deutlich: Für 56% der befragten burgenländischen Unternehmen überwiegen die Gefahren, die Chancen überwiegen hingegen nur für 25%. Deutlich optimistischer äußerten sich in diesem Zusammenhang die Betriebe aus der Region Eisenstadt-Stadt, sowie die Betriebe aus den Sektoren Druck und Wirtschaftsdienstleistungen.

Sowohl auf burgenländischer, als auch auf ungarischer Seite entstand bei der Unternehmensbefragung der Eindruck, dass die Unternehmen erst am Beginn stehen, strategische Überlegungen anzustellen. Während von den burgenländischen Unternehmen 35% der Betriebe keine besonderen Strategien überlegt hatten bzw. für notwendig halten, waren dies aber auf ungarischer Seite nur 10%. Relativ bedeutende strategische Orientierungen bei den burgenländischen Betrieben sind eine Verbesserung der Serviceorientierung, Kostensenkungen, Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, Spezialisierung und Qualitätsverbesserung. Verstärkte Exportbemühungen sind hingegen nur für 15% der Betriebe derzeit eine sinnvolle Strategie.

Deutlich unterschiedlich ist die Reihung der Strategien, die die ungarischen Betriebe am häufigsten nannten: An der Spitze stehen Strategien zur Qualitätsverbesserung, gefolgt von einer Verbesserung der Serviceorientierung, Spezialisierung und zusätzlichen Exportbemühungen.

Überlegungen zur Gründung neuer Standorte im Ausland bzw. zusätzlicher Standorte im eigenen Land sind sowohl für burgenländische, als auch für ungarische Unternehmen deutlich weniger bedeutend.

Diskussion

Bei einem Vergleich der beiden Unternehmensbefragungen im Burgenland und in Ungarn ist einschränkend zu beachten, dass einerseits die Befragung im Burgenland repräsentativ war, hier wurden knapp 500 Betriebe befragt, während in West-Ungarn nur 52 Unternehmen befragt werden konnten. Als zusätzliche Einschränkung kommt hinzu, dass im Burgenland ausschließlich Gewerbe- und Handwerksbetriebe, in West-Ungarn aber auch Industrie- und Handelsbetriebe befragt wurden. Die Unterschiede bei der Beantwortung der einzelnen Fragen auf ungarischer bzw. auf österreichischer Seite geben aber auch einen Hinweis auf unterschiedliche Stimmungslagen.

Institut für Gewerbe- u. Handwerksforschung „*Untersuchung der branchen- u. regionalbezogenen Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die oberösterreichische Wirtschaft*“ (2001):

Problemstellung und Methode

Im Rahmen der Studie wurden Unternehmensbefragungen in Oberösterreich (v. a. Mühlviertel und Zentralraum) und Südböhmen durchgeführt. Die Erhebung konzentrierte sich auf jene Branchen, die auf österreichischer Seite als „sensibel“ in Bezug auf die Erweiterung der EU eingestuft werden (insbesondere Bauwesen, Einzelhandel, Transportgewerbe). In Oberösterreich wurden 560, in Südböhmen 165 Betriebe befragt.

Ziel war es in erster Linie, die derzeitigen grenzüberschreitenden Beziehungen, die erwarteten Auswirkungen des EU-Beitritts Tschechiens und den aktuellen Stand der diesbezüglichen Vorbereitungen näher zu beleuchten.

Ergebnisse

Insgesamt ist der subjektive Kenntnisstand der oberösterreichischen Unternehmen zum Thema EU-Erweiterung überraschend hoch. In allen drei Hauptsektoren (Bauwesen, Einzelhandel, Transport) fühlen sich jeweils rund 50% der Befragten ausreichend informiert. Innerhalb des Einzelhandels bestehen allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Branchen. Bemerkenswert sind die Informationsunterschiede nach Betriebsgröße. Sehr kleine Unternehmen fühlen sich überdurchschnittlich gut informiert, die Gruppe mit 5 bis 9 Beschäftigten schätzt ihren Kenntnisstand als besonders schlecht ein.

Insbesondere über die genauen Veränderungen durch die EU-Erweiterung wünschen sich die Unternehmen zusätzliche Informationen. Vor allem im Bauwesen ist das Thema der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung von speziellem Interesse. Jeweils mehr als 10% der Betriebe nennen Bedarf an Information und Beratung zu Marktchancen und Absatzmarkt in Tschechien, zu den rechtlichen Regelungen im Nachbarland sowie zum tschechischen Arbeitsmarkt. Über 10% der Befragten wünschen sich auch Hilfestellung bei der Suche nach Kooperationspartnern auf der anderen Seite der Grenze. Das Thema "tschechischer Arbeitsmarkt" ist vor allem für das Bauhauptgewerbe und generell für größere Unternehmen von Interesse.

Grundsätzlich erwarten die befragten Betriebe in Folge der EU-Erweiterung entweder keine Veränderung oder geringe Umsatzzuwächse mit tschechischen Kunden und zugleich leichte bis deutliche Rückgänge auf dem Heimmarkt, was jedoch auf Grund der in die Erhebung einbezogenen Branchen zu erwarten war. Im Allgemeinen werden die Erwartungen über die Entwicklung des Gesamtumsatzes von den Erwartungen in Bezug auf den österreichischen Markt dominiert.

Etwa ein Viertel der befragten Betriebe fühlt sich durch den Fachkräftemangel in ihrer Geschäftstätigkeit behindert. Am massivsten von diesem Problem betroffen sind die Zimmerer und Dachdecker (47% klagen über einen Mangel an FacharbeiterInnen) sowie das Baugewerbe (34% der Befragten). Die Wahrscheinlichkeit des Fachkräftemangels nimmt mit steigender Unternehmensgröße zu. Der Mangel an qualifizierten Kräften ist des weiteren im Zentralraum (32%) doppelt so verbreitet wie im Mühlviertel (15%).

Für das gesamte Bauwesen und die ausgewählten Einzelhandelsbranchen beläuft sich das zusätzliche Beschäftigungspotenzial auf jeweils 4% bis 5% der derzeitigen Beschäftigung, im Transportgewerbe sind es etwa 2%.

Gemessen an der Gesamtbeschäftigung aller 560 befragten Unternehmen beträgt der Anteil der TschechInnen derzeit 1,6%. Fast 95% dieser tschechischen Arbeitskräfte sind dabei in den Baubranchen tätig. Außerdem besteht eine starke regionale Konzentration auf das Mühlviertel.

Von jenen Unternehmen die unter Fachkräftemangel leiden, erhoffen sich zwischen 15% (im Einzelhandel) und 25% (Bauwesen und Transport) eine zumindest teilweise Beseitigung dieses Problems durch die Öffnung des Arbeitsmarktes für TschechInnen im Zuge der EU-Erweiterung.

Etwa 60% sehen darin definitiv keine Lösungsmöglichkeit für den Fachkräftemangel, rund 20% sind unentschieden. Bemerkenswert ist, dass die Mühlviertler Betriebe diese Frage deutlich anders beurteilen als die Unternehmen in den anderen Regionen. Immerhin 50% der Befragten im Mühlviertel erwarten dadurch eine Verbesserung der Situation.

Ausschlaggebend dafür, ob aus Sicht der oberösterreichischen Unternehmen tschechische Arbeitskräfte zur Lösung des FacharbeiterInnenproblems eingesetzt werden können, ist die Beurteilung des Qualifikationsniveaus und der Arbeitsbereitschaft. Jene Unternehmen die TschechInnen als Fachkräfte einstellen würden, schätzen deren Arbeitsbereitschaft, Verlässlichkeit und Qualifikation deutlich günstiger ein. Hingegen sind die Sprachkenntnisse und die Lohnkosten in diesem Zusammenhang kaum relevant: Unternehmen die bereit sind TschechInnen aufzunehmen, tun dies trotz (und im Bewusstsein) der ungenügenden sprachlichen Fähigkeiten. Unternehmen, für die tschechische MitarbeiterInnen nicht in Frage kommen, lehnen diese trotz (und im Bewusstsein) der niedrigeren Lohnkosten ab.

Generell herrscht bei der Beurteilung des Faktors Sprachkenntnisse als Nachteil tschechischer Arbeitskräfte der größte Konsens. Auch das Qualifikationsniveau und die Arbeitsbereitschaft werden insgesamt als Schwächen betrachtet, die Meinung ist hier allerdings weniger einheitlich. Die (geringeren) Lohnkosten werden insgesamt als Vorteil (potenzieller) tschechischer MitarbeiterInnen beurteilt. Sehr viele Betriebe sehen in diesem Punkt allerdings keinen wesentlichen Unterschied zu österreichischen ArbeitnehmerInnen. Bemerkenswert ist schließlich, dass die (wenigen) Unternehmen, die derzeit schon TschechInnen beschäftigen sowohl deren Qualifikationsniveau als auch deren Arbeitsbereitschaft deutlich günstiger einschätzen. Im Gegenzug werden die Lohnkosten weniger oft als Vorteil gesehen.

Auch in Südböhmen leiden bereits derzeit viele der befragten Unternehmen, vor allem im Baugewerbe, unter Fachkräftemangel. Die Befürchtung, dass es im Zuge des EU-Beitritts Tschechiens zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels kommen könnte, ist unter den befragten Unternehmen allerdings relativ wenig verbreitet. Insgesamt rechnen nur rund 6% der Befragten mit der Entstehung und rund 15% mit einer Intensivierung des Fachkräftemangels.

Schlussfolgerungen

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass auf Basis eines laufenden Monitorings den oberösterreichischen Betrieben fundierte branchen- und regionsspezifische Daten bzw. ständige Informationen über die Marktentwicklung sowie politische, soziale und rechtliche Entwicklungen in Tschechien zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Ergebnisse derartiger Untersuchungen könnten auch Inhalt von Brancheninformationen und Seminaren sein, die individuelle Aktionen anregen und durch ein entsprechendes Beratungs- und Coachingangebot unterstützt werden.

CCC - Crossborder Business Cooperation for Central Europe „Endbericht“ (2004):

Problemstellung und Methode

Im Rahmen des Projektes CCC („Crossborder Business Cooperation“) wurden durch das Meinungsforschungsinstitut IFES in Zusammenarbeit mit Regional Consulting (RC) in den grenznahen Projektregionen (Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn) insgesamt 1.756 Betriebe mit bis zu 300 Beschäftigten (mit Ausnahme des landwirtschaftlichen Sektors sowie von Einzelhandelsbetrieben mit weniger als 5 Beschäftigten) befragt, um die bisherigen Erfahrungen, die Erwartungen und auch Hemmnisse für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten („gWA“) einzuschätzen sowie das Angebot an unterstützenden Dienstleistungen in den Regionen und die Nachfrage danach zu analysieren.

545 Befragungen entfielen auf Österreich, 409 auf Tschechien, 402 auf die Slowakei und 400 auf Ungarn. In der Auswertung wurde die tlw. disproportionale Auswahl durch entsprechende Gewichtung nach Sektoren und Größenklassen ausgeglichen und auf die reale Anzahl von Betrieben in den Regionen hochgerechnet (vgl. Hauser/Michenthaler 1999).

Ergebnisse

Der Schwerpunkt der verschiedenen grenzüberschreitenden Aktivitäten der Betriebe liegt bei den Exporten. Ca. 50% bis 80% der Betriebe mit Erfahrung mit gWA unterhalten auch informelle grenzüberschreitende Kontakte zu Unternehmen in den Nachbarstaaten.

Es lassen sich kaum Zusammenhänge zwischen betrieblichen Kenngrößen und der Wahl der Art von gWA feststellen, mit einer Ausnahme: Aktivitäten mit Kapitalbeteiligung gehen vor allem von österreichischen Unternehmen aus.

Für österreichische Unternehmen sind vor allem der Markteintritt, zusätzliche Marktpotenziale und Kostenersparnisse Hauptmotive für grenzüberschreitende Kooperationen, in den Reformländern ist der Markteintritt in die EU, die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Reaktion auf Strategien von Zulieferern und Abnehmern das Hauptmotiv.

Die österreichischen Betriebe, die gWA eher ablehnend gegenüberstehen und keine Erfahrungen damit haben, begründen dies vor allem (57%) mit erwarteten Hemmnissen in Bezug auf die wirtschaftliche Lage in den Kooperationsländern. An zweiter Stelle rangiert mit 49% die Erwartung eines mangelnden Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte in den Zielländern. Über 40% nennen mangelnde Infrastruktur und geringes technologisches Niveau sowie bürokratische Hemmnisse als Hinderungsgrund. Das politische Umfeld, die Einschätzbarkeit und das Vorhandensein von Kooperationspartnern, Information über rechtliche Bedingungen etc. werden hier nur mehr von 40% der befragten Unternehmen als Hinderungsgründe genannt. Das hauptsächliche Hemmnis, das Betriebe aus den Nachbarstaaten davon abgehalten hat, über die Grenze zu kooperieren, ist mit 92% die Finanzierbarkeit durch das Unternehmen, gefolgt von der Einschätzung des politischen und des wirtschaftlichen Umfeldes sowie den zu hohen Arbeitskosten. Das wirtschaftliche Umfeld wird insofern als problematisch eingeschätzt, als Unternehmen aus den MOEL vor allem eher reaktive Strategien bei gWA verfolgen, damit öfter abhängig von Zulieferern oder Abnehmern sind und von diesen als „Konjunkturpuffer“ z. B. bei konjunkturellen Schwankungen in Österreich ausgenutzt werden könnten.

Der Informationsstand über Möglichkeiten, Chancen und Bedingungen von gWA kann generell als eher unbefriedigend eingestuft werden. Auffällig ist, dass sich Betriebe, die bereits auf Erfahrungen mit gWA zurückblicken können, in ihrer subjektiven Einschätzung nur marginal besser informiert fühlen als solche, die keine derartigen Erfahrungen haben.

Die Zufriedenheit mit den bestehenden Serviceeinrichtungen, die Betriebe bei gWA unterstützen und die bereits von Betrieben mit gWA-Erfahrungen genutzt wurden, ist generell hoch. Je spezifischer bzw. spezialisierter die jeweils angebotenen Leistungen sind, umso höher ist die Zufriedenheit.

Von den österreichischen Betrieben im Untersuchungsraum wurde effektiv vor allem Rechtsberatung, gefolgt von Steuer- und Finanzierungsberatung in Anspruch genommen. Dies sind auch die Bereiche, an denen die Betriebe grundsätzliches Interesse äußern, wobei sich als zusätzliche Schwerpunkte z. B. die Förderungsberatung, die Unterstützung bei Verhandlungen und die Suche und Bewertung von Kooperationspartnern herauskristallisieren.

In den Nachbarstaaten stehen ebenfalls diese drei Leistungsbereiche (Rechts-, Steuer-, Finanzierungsberatung) an erster Stelle der bisher effektiv nachgefragten Leistungen, ergänzt um Sprachausbildung in der Slowakei und in Tschechien. Grundsätzliches Interesse äußern z. B. ungarische Betriebe vor allem an der Suche und Bewertung von Kooperationspartnern, gleichrangig gefolgt von Finanzierungs-, Rechtsberatung, Standortsuche und Sprachausbildung. Die slowakischen Betriebe interessieren sich ähnlich wie die österreichischen vor allem für Steuer-, Finanzierungs- und Rechtsberatung. Demgegenüber bekunden die tschechischen Unternehmen ein besonderes Interesse an Ausbildungsangeboten. Darüber hinaus werden aber auch Finanzierungs-, Förderungs- und Rechtsberatungsangebote sowie die Unterstützung bei der Suche und Bewertung von Kooperationspartnern vergleichsweise häufig genannt.

Obwohl die Leistungsbeurteilung der angebotenen Services aus qualitativer Sicht sehr gut ist, so wird doch generell ein quantitativer Mangel geortet. So findet sich z. B. in Österreich und Ungarn für keine einzige der abgefragten Leistungen eine Mehrheit von mind. 50%, welche die Meinung vertritt, diese Leistungen wären in ausreichendem Maße angeboten. In Tschechien und der Slowakei werden lediglich die Ausbildungsangebote von einer Mehrheit als ausreichend eingestuft.

Auffällig ist vor allem, wie groß die Anteile der Betriebe sind, die die Frage nach der Abdeckung der Leistungen mit „ich weiß nicht“ beantwortet haben.

Von den Betrieben, die bereits Erfahrungen mit gWA haben, würden zwischen 36% (Österreich) und 78% (Ungarn) eine CCC-Einrichtung sicher nutzen, sofern sie den Vorstellungen der Betriebe grundsätzlich entspricht. Das entspricht 13% (Österreich) bis 47 % (Ungarn) aller Betriebe im Untersuchungsraum. In absoluten Zahlen sind das in Österreich rund 11.000, in der Slowakei etwa 23.000, in Tschechien schätzungsweise 83.000 und in Ungarn näherungsweise 8.000 Betriebe. Im gesamten Untersuchungsgebiet befinden sich also rund 125.000 Betriebe mit einem stark ausgeprägten Bedarf an einer möglichen CCC-Service-Einrichtung. Dazu kommen noch einmal rund 67.000 Betriebe, die zumindest eine gewisse Bereitschaft bekunden, eine CCC-Einrichtung nutzen zu wollen.

Insgesamt hängt die Nutzungswahrscheinlichkeit vor allem von folgenden Faktoren ab (in der Reihenfolge ihres Einflusses): Land (in Österreich geringer als in den Nachbarstaaten), die Erwartung von Vorteilen in der Produktion (die Nutzungswahrscheinlichkeit wird signifikant erhöht), das Interesse an Unterstützungsangeboten für Partnersuche und Technologietransfer (je höher das Interesse in diesen Bereichen, umso höher die Nutzungswahrscheinlichkeit), und die Erwartung von Vorteilen im Vertrieb (Betriebe, die solche Erwartungen hegen, weisen eine höhere Nutzungswahrscheinlichkeit auf als andere).

Diskussion

Die groß angelegte und methodisch ausgefeilte Betriebsbefragung im Rahmen des Projektes „CCC“ zeichnet ein gutes Bild der Erfahrungen, Erwartungen und auch Hemmnisse für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten sowie des Angebots an und der Nachfrage nach unterstützenden Dienstleistungen in den Regionen.

Nicht erhoben wurde allerdings der Arbeitskräftebedarf der befragten Betriebe bzw. die Bereitschaft und Absicht der Unternehmen, ArbeitnehmerInnen aus Regionen jenseits der Staatsgrenze zu beschäftigen.

Zusätzlich zu den beiden Unternehmensbefragungen aus Österreich möchten wir eine weitere Untersuchung aus dem deutsch-polnischen Grenzraum anführen:

Müller, Klaus/ Bang, Kathleen „Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Handwerk der grenznahen Regionen am Beispiel der Euroregion Spree-Neiße-Bober“ (2003):

Problemstellung und Methode

Das Ziel der Untersuchung des Deutschen Handwerksinstitutes lag darin, die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf das Handwerk in den Grenzregionen am Beispiel der Euroregion Spree-Neiße-Bober zu untersuchen. Die Auswirkungen werden dabei unterschieden nach Veränderungen auf den deutschen Märkten durch Konkurrenten bzw. SchwarzarbeiterInnen aus Polen sowie einer Erweiterung des Arbeitskräftepotenzials durch MigrantInnen aus Polen bzw. den anderen Beitrittsstaaten.

Diese Untersuchung basiert zu einem wesentlichen Teil auf einer Befragung von knapp 500 Handwerksbetrieben aus der Region Cottbus und einer Befragung von über 300 Handwerksbetrieben aus Polen.

Neben einer zusätzlichen Analyse von Primär- u. Sekundärstatistiken sowie von Literatur zur EU-Erweiterung in Bezug auf Handwerksrelevanz wurden auch Interviews mit auslandsorientierten Handwerksbetrieben aus der ostdeutschen Grenzregion und Polen durchgeführt.

Ergebnisse

Die in die Befragung eingebundenen polnischen Handwerker waren im Durchschnitt wesentlich älter als ihre Kollegen aus der Region Cottbus. In der Untersuchung antworteten eher größere als kleinere Handwerksbetriebe. In der deutschen Region werden mehr Facharbeitskräfte als in Polen beschäftigt, wo allerdings die Lehrlingsausbildung höhere Bedeutung hat.

Sowohl die deutschen als auch die polnischen Handwerker beurteilen derzeit sowohl ihre wirtschaftlichen Aussichten als auch ihre Perspektiven eher negativ, wobei das Ergebnis bei den Polen etwas besser ausfällt. Dies dürfte vor allem auf die mit dem EU-Beitritt verbundenen Erwartungen zurückzuführen sein.

Die meisten Betriebe aus der Region Cottbus fühlen sich über die bevorstehende EU-Erweiterung nicht gut informiert. Auf polnischer Seite fallen die Ergebnisse etwas besser aus.

Es überwiegen die Befürchtungen bzgl. der EU-Erweiterung, es werden mehr Risiken als Chancen gesehen. Je weiter entfernt von der Grenze ein Betrieb angesiedelt ist, desto geringer wird das Risiko eingeschätzt.

Risiken werden vor allem durch die Zunahme der Schwarzarbeit und eine größere Konkurrenz von Unternehmen aus den Beitrittsstaaten auf dem deutschen Markt erachtet.

Die polnischen Handwerker haben vor deutschen Konkurrenten ähnlich große Befürchtungen wie umgekehrt.

Weniger als 9% der deutschen Betriebe gaben an, bereits Vorbereitungen auf die EU-Erweiterung unternommen zu haben, in Polen waren dies 40%.

Die Handwerksunternehmer aus der Region Cottbus befürchten erhebliche Auswirkungen der EU-Erweiterung auf ihren heimischen Markt. Dabei ist die Angst vor einer Zunahme der Schwarzarbeit durch EinpendlerInnen aus Polen größer als die Konkurrenz durch legale polnische Firmen. Die Befürchtungen sind insofern nicht aus der Luft gegriffen, da beachtlich viele polnische Handwerker Interesse am deutschen Markt zeigen. Ein besonderes Problem stellt die Schwarzarbeit bzw. die illegale Betätigung von Unternehmen aus Polen in der Region dar.

Nach Schätzungen sind im gesamten Bundesland Brandenburg fast 65.000 SchwarzarbeiterInnen alleine im Baugewerbe tätig.

Die polnischen Handwerksbetriebe haben fast ebenso große Ängste vor den deutschen Betrieben wie umgekehrt. Über die Hälfte erwartet eine Wettbewerbsverschärfung auf dem heimischen Markt. Besonders groß sind die Befürchtungen bei den Lebensmittel- u. Metallhandwerkern.

Durch die im Zuge der EU-Erweiterung eintretende ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit sehen die Handwerksbetriebe aus der Region Cottbus grundsätzlich beträchtliche Auswirkungen auf sich zukommen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie im eigenen Betrieb gerne Arbeitskräfte aus Polen einstellen würden. Nur jeder zehnte Betrieb kann sich das vorstellen.

Als wichtigste Anforderungen an die Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern wurden deutsche Sprachkenntnisse, gute Fachkenntnisse sowie Zuverlässigkeit, Fleiß und Arbeitstempo genannt. Andere Kriterien spielten eine deutlich geringere Rolle.

Einer möglichen Abwanderung von Arbeitskräften sehen die polnischen Handwerksbetriebe relativ gelassen entgegen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sie weniger um ihre eigenen Arbeitskräfte fürchten, sondern annehmen, dass mögliche EmigrantInnen vor allem den Arbeitsmarkt in der Region entlasten. Derzeit arbeiten in Deutschland fast 300.000 polnische Arbeitskräfte, wovon allerdings mit Abstand die meisten SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft und im Weinbau eingesetzt werden.

Nach Ablauf der Übergangsregelungen stellt sich die Frage, wie viele Personen aus Polen (oder aus anderen Beitrittsländern) nach Deutschland bzw. Österreich emigrieren. Hierzu liegen verschiedene Untersuchungen vor, die auch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Für eine hohe Emigration in den deutschen Teil der Euroregion Spree-Neiße-Bober spricht die hohe Arbeitslosigkeit in der polnischen Grenzregion, dagegen die dünne Besiedelung ebendort. Zudem zieht es nach den bisherigen Erfahrungen MigrantInnen eher in (westdeutsche) Ballungszentren, wo schon häufig familiäre Netze bestehen. Nach einer allerdings sehr „pessimistischen“ Prognose dürften laut den StudienautorInnen bis zu 10.000 Arbeitskräfte aus Polen in die Region Cottbus pendeln.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wird das Phänomen, dass deutsche Handwerker FacharbeiterInnen aus Polen beschäftigt, vor allem beim Bau, beim Ausbau, im KfZ-Gewerbe, im Metallgewerbe und bei der Gebäudereinigung erwartet.

Konkurrenz durch legale Handwerker aus Polen wird beim Bau und Ausbau und bei der Gebäudereinigung angenommen; Konkurrenz durch Schwarzarbeit wird bei den gleichen Branchen erwartet - dazu kommt noch das Tischlerwesen.

Diskussion

In diese Untersuchung wurden lediglich kleinere bis mittlere Handwerksbetriebe einbezogen, wodurch die Ergebnisse nicht auf die Unternehmenslandschaft insgesamt umgelegt werden dürfen.

Aktuelle Unternehmensbefragung im tschechisch-deutschen Grenzgebiet

Gegenwärtig wird in einer Kooperation des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (IFO) und VUPSV („Vyzkurny Ustav Prace a Socialnich Veci“ – „Research Institute for Labour and Social Affairs“) eine Befragung von 500 tschechischen Unternehmen im tschechisch-deutschen Grenzgebiet durchgeführt, die einerseits Grundinformationen über die Unternehmen und die Konsequenzen der EU-Erweiterung zum Thema hat. Die Ergebnisse dieser Studie stehen gegenwärtig noch nicht zur Verfügung.

Neben der Erhebung subjektiver Einstellungen zu Migration bzw. Pendeln spielen natürlich objektive Gegebenheiten eine entscheidende bedeutende Rolle bei der Analyse von Migrations- oder Pendelpotenzialen, da die objektiven Gegebenheiten für die Erklärung subjektiver Phänomene herangezogen werden sollten, ja sogar müssen. Einstellungen entstehen zum Teil aufgrund der objektiven Situation. Subjektive Einstellungen, Migrationsbereitschaftsdaten der Bevölkerung sowie Daten zur objektiven Situation in den Regionen stellen in Kombination eine verlässliche Datengrundlage zur Abschätzung des Pendel- u. Migrationspotenzials dar.

In der Folge werden einige Ansätze von Datensammlungen, die natürlich für das Projekt LAMO von Bedeutung sind, kurz beschrieben.

8. Objektive Daten zum Bereich Arbeitsmarkt

Das Projekt „REGIOLAB I und II - Grenzüberschreitendes Arbeitsmarkt-Monitoring-System für städtische Regionen im Grenzraum Österreich - Tschechische Republik - Slowakei - Ungarn - Polen“ des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) hat zum Ziel, ökonomische Kenngrößen bzw. objektive Messgrößen (Einwohnerdaten, Arbeitsmarktstatistiken, Beschäftigungs- u. Wirtschaftsstatistiken, raumstrukturelle Kennziffern u.v.m.) zu sammeln und aufzubereiten. Die Daten wurden bzw. werden in einer elektronischen Informationsbasis zusammengefasst und stellen eine wertvolle Informationsquelle auf Bezirksebene für Akteure aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft dar.

In einem eigenen Ansatz verfolgt das INTERREG III/A-Projekt „Arbeitsmarkt im Grenzland NÖ/CZ/SK“ von ECO-PLUS das Ziel, objektive Daten zum Arbeitsmarkt zu sammeln, aufzubereiten und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere elektronische Datenbank mit dem Schwerpunkt *Arbeitsmarktdaten* nennt sich „RegDatInfo“ („Regionales Dateninformationssystem Steiermark – Westungarn – Nordslowenien“). RegDatInfo bietet – wo immer möglich – interregional vergleichbare Daten zur Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Einkommen, Bildung und Tourismus. In der Pilotversion beinhaltet die Datenbank Informationen und Daten aus Nordslowenien, Westungarn und südsteirischen Bezirken.

Diese Datenbank bietet gute Hintergrundinformationen über die unterschiedliche Arbeitsmarktsituationen in verschiedenen Regionen in einem geographisch konzentrierten Raum. Im Gegensatz zur REGIOLAB sind die dokumentierten Daten eingeschränkt und können nur teilweise für die komplexe Analyse von migrationsrelevanten Faktoren herangezogen werden, dafür sind sie aber öffentlich zugänglich.

9. Das Projekt „PREPARITY“

Huber, Peter *"Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung". Teilprojekt 10 der PREPARITY Studie "Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung" (2001):*

Die Ergebnisse der Teilstudie "Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung" des PREPARITY-Projektes geben einen guten Überblick darüber, mit welchen Auswirkungen am österreichischen Arbeitsmarkt aufgrund der EU-Erweiterung zu rechnen ist und stellen zugleich die konzeptuelle Ausgangsbasis des Projektes Arbeitsmarktmonitoring (LAMO) dar.

Problemstellung und Methode

Dieses Projekt zielt auf:

1. Prognose der Wohnbevölkerung nach arbeitsmarktrelevanten Kategorien (z. B. Alter, Geschlecht, Ausbildung) in Österreich und seinen NUTS II-Regionen an der EU-Außengrenze;
2. Prognose der demographisch vorgegebenen Entwicklung der in Österreich und seinen Regionen an der EU-Außengrenze wohnhaften Berufstätigen auf der Grundlage von Hypothesen über die Erwerbsbeteiligung;
3. Abschätzung der Pendelwanderung innerhalb Österreichs und grenzüberschreitend auf der Grundlage eines Gravitationsmodells;
4. Abschätzung der Zuwanderung aus den zukünftigen EU-Mitgliedsländern nach Österreich und dessen NUTS II-Regionen an der EU-Außengrenze auf der Grundlage eines Migrationsmodells;
5. Zusammenfassung der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in verschiedenen Szenarien;
6. Wirtschaftspolitische Empfehlungen zum Zuwanderungsproblem.

Ergebnisse

Die für das Projekt LAMO relevanten Resultate sind im folgenden Abschnitt kurz zusammengefasst.

Aufgrund der mangelnden Prognosegenauigkeit von Migrationspotenzialabschätzungen und vor allem wegen der großen Heterogenität im Migrationsverhalten der Bevölkerung der Kandidatenländer spricht sich Huber für Übergangsregelungen im Bereich der Freizügigkeit des Personenverkehrs aus. Vorwiegendes Ziel der Übergangsregelungen ist der Schutz vor übermäßiger Zuwanderung, wobei die Übergangsregelungen flexibel zu handhaben sein sollten.

Gleichzeitig mit den Übergangsfristen soll die kontrollierte Zuwanderung angehoben werden.

Ohne auf die zahlenmäßigen Schätzungen des PendlerInnenpotenzials in Abhängigkeit von der Dauer der Übergangsfristen näher einzugehen, die mit Unsicherheiten behaftet sind, werden laut Studie die PendlerInnen vor allem die Bundesländer der Ostregion sowie die Umlandbezirke Wiens, die Randgebiete, Wien selbst sowie die mittelgroßen Städte betreffen.

Laut Studie gibt es nur wenig Informationen über das Ausmaß an TagespendlerInnen in den Grenzregionen. Eventuelle Auswirkungen können daher kaum abgeschätzt werden.

Um diesen Unsicherheiten zu begegnen, schlägt die Studie die Möglichkeit von Übergangsfristen bei Pendeln vor.

Anhand der Struktur der bisherigen Migration aus den MOEL wird die Struktur der künftigen ZuwanderInnen aus diesen Ländern antizipiert.

Die ZuwanderInnen werden überwiegend im Alter von 30 bis 40 Jahren und besser ausgebildet sein als die ZuwanderInnen aus den traditionellen GastarbeiterInnenländern. Sie werden nur kurze Zeit bleiben.

Hinsichtlich der Siedlungsstruktur werden die MigrantInnen besonders auf die Ostregion (Wien, Umland der Großstädte industrialisierte Randgebiete) konzentriert sein.

Die sektorale Verteilung der MigrantInnen wird so aussehen, dass vor allem die Sektoren Bauwesen, Landwirtschaft und der Sektor der persönlichen Dienstleistungen MigrantInnen aufnehmen werden.

Um die EU-Erweiterung als Chance für den Standort Österreich zu nutzen, schlägt der Autor vor, die Zuwanderungspolitik von Arbeitskräften quantitativ großzügiger, aber qualitativ selektiver zu gestalten.

Er empfiehlt eine "deutliche Erhöhung der Zuwanderungsquoten für Arbeitskräfte auf ein Niveau, das jenem des mittleren oder oberen Zuwanderungsszenarios der Bevölkerungsprognose entspricht", eine verstärkte Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, eine klare Bevorzugung von PendlerInnen sowie die Bevorzugung von "temporärer Arbeitsmigration gegenüber permanenter Wanderungsformen" (Huber 2001).

Huber sieht die Schaffung einer gemeinsamen Informationsbasis zu den Veränderungen am Arbeitsmarkt in der Vorbereitung für die EU-Erweiterung als notwendig (vgl. Kap. 6.1). Ziel muss es sein, eine "detaillierte grenzüberschreitend zugängliche Informationsbasis" aufzubauen. Grundlage dieser Informationsbasis kann aufgrund der mangelnden Prognosegenauigkeit von Migrations- bzw. Pendelpotenzialsabschätzungen nur ein regelmäßiges Monitoring sein. Der Aufbau einer solchen Informationsbasis hat folgenden Nutzen:

a) Die Kenntnisse der jeweiligen Arbeitsmarktsituation werden verbessert, damit die informatorische Voraussetzung für Kooperation zwischen arbeitsmarktpolitischen Akteuren geschaffen.

b) Weiters wird die Möglichkeit geboten, politische Vorhaben an die Rahmenbedingungen anzupassen und gemeinsame Vorhaben zu diskutieren, zu formulieren und umzusetzen (Huber 2001).

10. Aktuelles Projekt „LAMO“

Nach Aufarbeitung projektrelevanter internationaler und nationaler Ansätze zur Abschätzung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung wird in der Folge das Projekt

Labourmarket Monitoring (LAMO) - Arbeitsmarktmonitoring – Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Monitoringinstruments zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung

vorgelegt. Nach Beschreibung der Ausgangslage werden die Ziele und die Umsetzung des Forschungsprojekts präsentiert.

10.1 Ausgangslage

Ausgehend von der von Huber (2001) in der Teilstudie 10 des Preparity-Projektes angesprochenen Notwendigkeit einer gemeinsamen Informationsbasis, deren Aufbau bereits mit dem Projekt "REGIOLAB" begonnen hat, möchte dieses Projekt die Datenbasis dahingehend vervollständigen, dass es die Absicht der BürgerInnen diesseits und jenseits der Grenze erhebt, im benachbarten Ausland zu arbeiten sowie den Bedarf an Arbeitskräften bei den Unternehmen in den Regionen feststellt.

Wie in der Studie von Huber festgestellt, kann man generell davon ausgehen, dass es unmöglich ist, längerfristige Prognosen zum Pendeln und Migrieren zu erstellen. Erfolgversprechend in diesem Zusammenhang kann nur eine Abschätzung des PendlerInnen- und Migrationspotenzials aufgrund von Umfragen sein, die in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden – ein sogenanntes „Monitoring“. Ein solches Monitoring kann auch als Frühwarnsystem eingesetzt werden, um rechtzeitiges, gezieltes Eingreifen seitens politischer Entscheidungsträger möglich zu machen.

Dieses Monitoringsystem muss einerseits die Beobachtung der ökonomischen Kenngrößen wie sie etwa REGIOLAB⁷ bereitstellt, aber andererseits auch die Erfassung der Migrations- und Pendelabsichten des Einzelnen miteinbeziehen.

Ergänzend zur Schätzung der Arbeitskräfte gibt es keine adäquate Abschätzung der Bedarfsseite seitens der Wirtschaft in den Zielräumen der Migration bzw. des Pendelns. Es ist jedoch notwendig, den Migrations- bzw. Pendelwilligen mittels Unternehmensbefragungen eine Bedarfschätzung an Arbeitskräften gegenüber zu stellen, um den Wirklichkeitsbezug herzustellen.

Die Beobachtung des regionalen Arbeitsmarktes ist im Hinblick auf Umsetzung der Empfehlungen der PREPARITY-Studie für Österreich in einem erweiterten Europa von großer Bedeutung.

Für eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik auf nationaler und regionaler (möglicherweise auch grenzüberschreitender) Ebene sind valide Daten betreffend Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung notwendig.

⁷ L&R Sozialforschung, Österreichisches Institut für Raumplanung (2001): REGIOLAB - Grenzüberschreitendes Arbeitsmarkt-Monitoring-System für städtische Regionen im Grenzraum Österreich - Tschechische Republik - Slowakei - Ungarn - (Polen). Endbericht.

Für Aufnahmeländer ist das Ausmaß des Arbeitsmigrationspotenzial und die tatsächliche Arbeitsmigration von besonderer Bedeutung, um die Dynamik am Arbeitsmarkt besser zu verstehen und bereits im Vorfeld in politische Maßnahmen zu ergreifen. Statistiken zu ArbeitsmigrantInnen müssen als integraler Bestandteil der Arbeitsmarktstatistiken betrachtet werden.

Besonderes Problem derzeit ist der Mangel an verlässlichen Daten, die zwischen temporärer und dauerhafter Migration unterscheiden http://www.iom.int/documents/officialtxt/en/wgc_labour_migration.pdf.

Für die Entsendeländer ist die potenzielle und tatsächliche Arbeitskräfteabwanderung ebenso von Bedeutung, da es zu einem „Brain Drain“ in den Regionen kommen kann.

Auch der OECD-Bericht "Territorial Reviews: Vienna-Bratislava" (2003) weist auf die große Herausforderung, den die Integration und Vergrößerung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes darstellt, hin und gibt Empfehlungen:

Viele ÖsterreicherInnen befürchten potenziell große Ströme von wenig qualifizierten Arbeitskräften aus der Slowakei, angezogen von den ca. 5-mal höheren Löhnen in Österreich und angetrieben von einer höheren Arbeitslosigkeit in Bratislava (10%) als in Wien (7%). Schätzungen gehen von einer geringen Zunahme einer Migration aus, sprechen jedoch von einer Zunahme im Pendelverkehr, wobei das Ausmaß der Zunahme sehr widersprüchlich ist.

Die OECD erwartet Übergangsregelungen auf der Basis fixer Quoten für die Zeit nach dem EU-Beitritt der Slowakei, die nach und nach bis 2011 gelockert werden sollten.

Da man insgesamt von positiven Auswirkungen eines freien Arbeitsmarktes ausgeht, könnten die Übergangsregeln nach einer Bewertung und eines Monitorings der Migration bzw. des Pendelns bereits früher aufgehoben werden.

Die Mehrzahl der MigrantInnen aus der Slowakei konzentrierte sich laut OECD-Studie im Jahr 1999 auf den Raum Wien (37%) bzw. Niederösterreich (37%). Die meisten slowakischen ArbeitsmigrantInnen kommen aus der Region Bratislava, das sind mehr als 60% aller ArbeitsmigrantInnen aus der Slowakei. Schätzungen für die Phase nach dem EU-Beitritt der Slowakei kommen auf eine Zahl von 85.000 TagespendlerInnen ohne Übergangsregelungen und zu 75.000 mit Restriktionen, wobei die tatsächliche Zahl von vielen Faktoren abhängig ist (push- und pull-Faktoren), die schwer zu messen sind. Kennt man deren Einfluss auf eine Migrationsentscheidung, ist es leichter entsprechende Szenarien zu entwerfen.

Wie bereits w. o. erwähnt gehen Neoklassische Modelle davon aus, dass Migration durch Einkommensunterschiede zwischen Staaten bzw. Regionen verursacht wird. Auf der anderen Seite führen niedrige Lohnkosten zu verstärkten Direktinvestitionen. Im Raum Bratislava liegen die monatlichen Löhne aber 30% über dem slowakischen Landesdurchschnitt.

Ebenso werden oft Unterschiede bei den Arbeitslosenraten zwischen Ländern/Regionen als Ursache für eine Migration betrachtet. Bratislava und Wien betreffend wird aufgrund der gegenüber den Länderschnitten relativ niedrigen Arbeitslosenraten diesem Faktor eher wenig Gewicht zukommen.

Bestimmte Branchen mit besonderen Bedürfnissen (z. B. FacharbeiterInnenmangel) wirken attraktiver auf potenzielle MigrantInnen als andere Bereiche. Auf branchenspezifische Unterschiede muss daher bei der Analyse Bedacht genommen werden.

Gute wirtschaftliche Aussichten im Heimatland reduzieren in der Regel die Arbeitsmigrationswünsche. Durch den EU-Beitritt der Slowakei ist mit einem Wirtschaftswachstum bzw. mit erhöhten Direktinvestitionen auch in Grenzregionen zu rechnen, wodurch potenzielle MigrantInnen abgehalten werden können, jenseits der Grenze zu arbeiten.

Ebenso müssen die Transaktionskosten von Migration berücksichtigt werden, da eine Migration als Investition in eine mit einer gewissen Unsicherheit behafteten Zukunft betrachtet werden kann. Jüngere Personen haben eine größere Chance ihre Investition im Zeitverlauf wieder refundiert zu bekommen; zudem sind sie weniger in soziale Netzwerke eingebunden als ältere Personen.

Migration steht auch in Abhängigkeit von einer Vielzahl von sozialen, psychologischen und politischen Kosten. Die wichtigsten Faktoren stellen hier wohl politische Restriktionen der Migration und die Verfügbarkeit und Kosten des Transports dar. Dazu gehören aber auch Faktoren wie ein nicht übertragbares regionalspezifisches Wissen sowie Sprachprobleme.

Derzeit ist zwischen der Slowakei und Österreich nur in eingeschränkten Regionen ein Tagespendeln erlaubt, reguliert durch Abkommen für Trainees für einen Zeitraum von maximal 18 Monaten.

Weitere Abkommen zum Austausch von Arbeitskräften mit dem Ziel berufliche und sprachliche Qualifikationen zu verbessern, sind in Verhandlung, wobei allerdings der Raum Wien nicht betroffen sein wird, da er nicht als grenznahe Region gilt.

Das PendlerInnenwesen wird nach der EU-Erweiterung durch EU-Recht geregelt sein, wonach PendlerInnen gemäß den gesetzlichen Vorschriften des Landes, in dem sie beschäftigt sind, behandelt werden (Zugang zu Jobs, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen).

In einigen Bereichen müssen aber erst auf staatlicher, lokaler bzw. regionaler Ebene gemeinsame Lösungen gefunden werden (Teilzeitarbeit, Besteuerungsaspekte...). Ein gutes Beispiel ist das schwedische „Öresund Labour Market Council“, ein Gremium, das aus dem öffentlichen Beschäftigungsservice, den Sozialpartnern, den Ländern und Gemeinden und den nationalen Arbeitsämtern zusammengesetzt ist. Seine Aufgabe ist die Integration der Arbeitsmärkte, das Erkennen von Barrieren eines gut funktionierenden Arbeitsmarktes, Langzeitperspektiven für die Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln und Empfehlungen für Entscheidungsträger hinsichtlich der Strategien, wie diese Ziele zu erreichen sind, zu geben.

Die Etablierung eines gemeinsamen Arbeitsmarktmonitorings, das auch Informationen über offene Stellen gibt, scheint nach Auffassung der OECD jedenfalls notwendig.

Die OECD schlägt vor, eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktkommission in der Region Wien-Bratislava einzurichten, die kurzfristig für Monitoring-Studien zuständig sein und längerfristig aktiv in die Arbeitsmarktpolitiken im Grenzbereich wirken soll. Auch die Rolle von Territorial Employment Pacts (TEP)⁸ wird positiv bewertet.

Die Region Wien-Bratislava könnte nach Ansicht der OECD eine „Lernende Region“ darstellen, d. h. eine Region mit einem gut ausgebildeten Arbeitskräftepotenzial und einem dichten Netzwerk an Unternehmen und Clustern.

⁸ lokale Partnerschaften, welche die Kooperation zwischen traditionell abgegrenzten Arbeitsmärkten und Trägern wirtschaftlicher Entwicklung in einem Prozess unter Einbeziehung lokaler, regionaler und nationaler Regierungen vorantreiben

Eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik steckt noch in den Kinderschuhen, konstatiert der OECD-Bericht: Einige Programme zielen auf aktive Beschäftigungspolitik, die meisten Initiativen zielen aber auf das Sammeln von Daten ab. Kooperationen, die grenzüberschreitende Netzwerke aufbauen, werden von der OECD befürwortet, vor allem im Hinblick auf arbeitsmarktrelevante Aspekte.

10.2 Ziele und Umsetzung des LAMO-Projekts

Ziel dieses Projektes ist die Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Monitoringinstruments zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung. Den Kern des Monitoringraums stellt die Europaregion Wien-Brünn-Bratislava-Sopron-Győr-Eisenstadt-St. Pölten dar.

Das valide Erhebungsinstrument des „Arbeitsmarktmonitorings“ soll zur regelmäßigen Beobachtung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt diesseits und jenseits der Grenzen dienen. Die Entwicklungen dieses Instruments, welches das Migrations- bzw. Pendelpotenzial in Österreich, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns abschätzen soll, muss multinational in Angriff genommen werden, da die unterschiedlichen Ausgangslagen in kultureller, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und psychologischer Hinsicht in den jeweiligen Ländern in die Entwicklung des Instruments einbezogen werden müssen.

Die Konzeption dieses Messinstruments dient auch zum Aufbau und der Verfestigung eines Monitoringnetzwerkes von ForscherInnen, ExpertInnen und Institutionen, die über Jahre hinweg valide und reliable Datenbasen gewährleisten sollen.

Nachhaltige Strukturen zur Beobachtung des Arbeitsmarktes sollen geschaffen werden.

Die persönliche Absicht der BürgerInnen in Bezug auf Arbeitsmigration und Pendeln wird im Rahmen von Befragungen erfasst. Die Umfragedaten bilden jedoch nur im Zusammenhang mit den objektiven Messgrößen und Informationen, die das Projekt „REGIOLAB“ zur Verfügung stellt, eine fundierte Basis für eine Abschätzung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

Um ein möglichst umfassendes Bild der Arbeitsmarktsituation in den Grenzregionen zu erhalten, ist es auch notwendig, die Unternehmerseite diesseits und jenseits der Grenzen zu befragen, wie groß der Bedarf an Arbeitskräften in den jeweiligen Bereichen ist, sowie welche Qualifikation von den ArbeitnehmerInnen erwartet wird und wie die Arbeits-, Anstellungs- u. Entlohnungsbedingungen aussehen, die den ArbeitnehmerInnen geboten werden.

Bisher wurden in den diversen Studien die Arbeitsmigrations- und Pendelpotenziale, die auf Österreich zukommen werden, erhoben. Diese Untersuchung erfasst auch das Migrations- bzw. Pendelpotenzial, das von den Grenzregionen Österreichs in das benachbarte Land drängen wird, und wendet zur Erhebung dieser Größen das Konzept der "Gemeindestudien" an, wie sie beispielsweise in Mexiko zur Beobachtung der Migration in die Vereinigten Staaten durchgeführt wird (vgl. Kap. 4.2, S. 25ff.).

Dieses Pendelpotenzial wird nicht unerheblich sein, da sich in den Grenzregionen Tschechiens, der Slowakei und Ungarns internationale Konzerne ansiedeln, die großen Einfluss auf den regionalen Arbeitsmarkt haben.

Grenzüberschreitende Kooperation auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung wird mit den Gemeinden, Regionalmanagementagenturen, Arbeitsmarktservicestellen, Bildungseinrichtungen und mit den Unternehmen in der Grenzregion angestrebt. Diese Kooperation ist notwendig, um für die Gemeindestudien einzelne Kommunen aufgrund eines zu erarbeitenden Kriterienkatalogs zu rekrutieren sowie die Fragenprogramme für die Erhebungen (Gemeindestudien und Unternehmensbefragung) zu entwickeln.

Im Rahmen von ExpertInneninterviews mit in- und ausländischen ExpertInnen (WissenschaftlerInnen, MeinungsforscherInnen aus den jeweiligen Regionen, in denen die Befragungen durchgeführt werden sollen, ArbeitsmarktexpertInnen, Bildungsverantwortlichen, RegionalpolitikerInnen, REGIOLAB-ExpertInnen), die in grenzüberschreitender Kooperation stattfinden werden, wird ein Plan zur Auswahl der zu untersuchenden Kommunen ausgearbeitet, die aufgrund ihrer Voraussetzungen Migrations- bzw. Pendelpotenzial bergen. Welche Gemeinden bzw. Regionen in die Befragung aufgenommen werden, wird mit Hilfe eines zu entwickelnden und auf regionalökonomischen und raumstrukturellen Kriterien basierenden Auswahlverfahrens ermittelt. Als Hauptgrößen werden dabei berücksichtigt: Arbeitsplatzbesatz, Qualifikationsniveau der Bevölkerung, bestehende intra- und interregionale Verflechtungen, bestehende Verkehrsverbindungen, -infrastruktur bzw. -angebote, Gemeindeaktivitäten in Bezug auf Ansiedlungs- und Wohnbaupolitik u.ä.

Das Fragenprogramm, das die Bereitschaft der Bevölkerung nahe der Grenze in Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei, Arbeit im benachbarten Ausland anzunehmen, erhebt, wird ebenfalls in grenzüberschreitender Kooperation gemeinsam mit ExpertInnen zusammengestellt. Möglichst viele relevante Push- und Pull-Faktoren (z. B. mikroökonomische Indikatoren wie Haushaltseinkommen, Haushaltsbesitz, individuelle Arbeitslosigkeit, subjektive Zufriedenheit, Verkehrsinfrastruktur wie Straßen und Bahnverbindungen, Grenzübergänge, Wegzeiten, Wegkosten, Zugang oder Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln, Heimatbindung, Ablehnung in der Heimat, besserer Lebensstandard, Pendel- bzw. Migrationserfahrung sowie Ausbildung und Berufsqualifikation sind in das Fragenprogramm einzubeziehen.

Insgesamt sollen pro Land ca. 2000 Haushalte befragt werden.

Ebenso wie der Fragebogen für die Erhebung des Migrations- bzw. Pendelpotenzials wird auch das Fragebogeninstrument für die Unternehmensbefragung von einem ExpertInnenkomitee in grenzüberschreitender Kooperation entwickelt und im Anschluss validiert. Inhalte der Unternehmensbefragung sind vor allem der Bedarf an Arbeitskräften mit bestimmten Qualifikationen sowie die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, die im Betrieb geboten werden. Die quantitativen Ergebnisse der Umfrage werden durch Resultate aus qualitativen Interviews mit ExpertInnen der entsprechenden Berufsbranchen ergänzt und möglicherweise auch relativiert. Vorgesehen ist, pro Land 200 Unternehmen in die Befragung einzubeziehen.

Im Zuge der Validierungsstudien wird die Gültigkeit des Monitoringinstrumentariums überprüft.

In der Auswertung des gesammelten Datenmaterials werden nicht nur die Prozentangaben analysiert, sondern es wird auch mittels multivariater Analyseverfahren versucht, Kausalzusammenhänge zwischen den Indikatoren aufzudecken, um zielgerichtete Empfehlungen für Politik, Wirtschaft und Sozialpartner geben zu können.

Die Ergebnisse sind speziell für die regionalen Entscheidungsträger relevant, um die regionale Arbeitsmarktentwicklung abschätzen zu können. Das erhobene Ausbildungs- und Qualifikationsniveau wird Bildungs- und Ausbildungsverantwortliche interessieren.

Die Daten zu den Schwerpunkten der Erhebung werden anschaulich aufbereitet, in mehrsprachigen Broschüren veröffentlicht sowie im Rahmen einer benutzerfreundlichen Internetplattform präsentiert. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe werden die Ergebnisse in den einzelnen Regionen den entsprechenden Zielgruppen (ArbeitsmarktexpertInnen, Wirtschaftsfachleuten, Bildungsverantwortlichen, LokalpolitikerInnen, Wohnungsmarktverantwortlichen, Sozialpartnern etc.) präsentiert.

Speziell die Daten, die aus den "Gemeindestudien" und aus den Unternehmensbefragungen resultieren, werden in eine geeignete Datenbank (z. B. REGIOLAB) eingespeist und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Dieses Instrumentarium sollte regelmäßig (solange an Übergangsfristen gedacht wird) zur Anwendung kommen, um über die Entwicklung des Migrations- und Pendelpotenzials sowie des Bedarfs an Arbeitskräften verlässliche Aussagen treffen zu können, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Regionen relevant sind.

11. Literatur

- Adams Jr., Richard H. (2003). *International Migration, Remittances, and the Brain Drain: A Study of 24 Labor-Exporting Countries*. Weltbank.
- Alecke, Björn/ Untiedt, Gerhard (2001) *Pendlerpotential in den Grenzregionen an der EU-Außengrenze. Methoden, Ergebnisse und Prognosen*. Preparity, Teilprojekt D 7.
- Barro, Robert J./ Sala-i-Martin, Xavier 1995) *Economic Growth*. New York.
- Bauer, Thomas/ Zimmermann, Klaus F. (1999) *Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe*. Bonn.
- Bastyr et al. (2001) *Folgen des Beitritts der Tschechischen Republik in die EU auf die Beziehungen mit Österreich mit der Orientierung auf den Beschäftigungsgrad, Arbeitsmarkt und Migration*. Prag.
- Berencsi, Zsuzsa/ Sik, Endre (1995) *Intentions to Emigrate and to Work Abroad in Hungary in 1993-1994*. In: Fullerton, Maryellen et al. (Hg.) *Refugees and Migrants: Hungary at the Crossroads*. Budapest. 129-142.
- Brücker, Herbert et al. (2000) *Study on the Impact of the EU-Enlargement on Employment and Labour Markets in the Member States*. Final Report, Part 1: Analysis. Brüssel.
- Polsterer, Andreas (2003) *Analyse der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktbeziehungen zwischen Burgenland und Westungarn*. In: Burgenländische Forschungsgesellschaft (Hg.) *BFG: Studies*. Band 4/2003. Eisenstadt/Kismarton-Győr-Budapest. 1-34.
- Castells, Manuel (1989) *The Informational City: Information Technology, Economic Restructuring, and the Urban-Regional Process*. Oxford.
- CCC - Crossborder Business Cooperation for Central Europe (2004) *Endbericht*. Wien.
- Coleman, James S. (1988) *Social Capital in the Creation of Human Capital*. In: *American Journal of Sociology* 94. 95-120.
- Demel, Katharina/ Profazi, Manfred (1998) *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in die Europäische Union unter besonderer Berücksichtigung Österreichs*. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Sektion IV. Teil 1. Wien.
- Drobohlav, Dusan (1995) *Abschätzung der zukünftigen Ost-West-Migration in Europa. Eine Delphi-Studie*. In: Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer (Hg.) *Die Zukunft der Ost-West-Wanderung. Quantitative Entwicklungen, ökonomische Konsequenzen und politische Antworten*. Wien. 24-49.
- Eurostat (2003) *Labour Force Survey – Principal Results 2002 Acceding Countries*. In: *Statistics in Focus – Theme 3*.
- Fassmann, Heinz/ Hintermann, Christiane (1997) *Migrationspotenzial Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potenzieller MigrantInnen aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn*. ISR-Forschungsbericht 15. Wien.
- Fassmann, Heinz/ Hintermann, Christiane (1999) *Arbeitsmarkt Mitteleuropa. Die Rückkehr historischer Migrationsmuster* ISR-Forschungsbericht 18. Wien.
- Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer (2002) *Die Osterweiterung der EU und ihre Konsequenzen für die Ost-West-Wanderung*. In: Bade, Klaus J./ Münz, Rainer (Hg.) *Migrationsreport 2002. Fakten-Analysen-Perspektiven*. Frankfurt/New York. 61-98.

- Gächter, August (1998a) *Indirekte Migrationspolitik. Über Ausmaß und Bewältigung der Folgen der Arbeitnehmerfreizügigkeit bei der Osterweiterung der EU*. Wien IHS-Projektbericht.
- Gächter, August (1998b) *Prognose und Politik. Über Fragen der Migration im Rahmen der Osterweiterung*. In: *Kontraste* 2/98.
- Gächter, August (2000) *Migrationsforschung in Österreich. Das Beispiel der EU-Osterweiterung*. In: *SWS-Rundschau* 2/2000. Wien. 163-191.
- Goedings, Simone (1997) *The Expected Effect of the Enlargement of the European Union with Central and Eastern European Countries in the Area of the Free Movement of Workers*. Study for the European Commission, DG V. Amsterdam: International Institut of Social History.
- Guerot, Ulrike (2000) *Die EU-Erweiterung und die Zukunft der sozialen Sicherung in Deutschland*. Positionspapier. Available via: <http://weltpolitik.net/texte/policy/euost/euost.pdf>
- Hauser, F./ Michenthaler, G. (1999) *CCC Marktanalyse und Analyse grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten von Unternehmen*, ausgeführt durch RC Regional Consulting Ziviltechniker GesmbH und IFES Institut für Empirische Sozialforschung i. A. der TIG Technologie Impulse Gesellschaft (ehemals WEG Wirtschaftspark-Entwicklungs-Gesellschaft). Wien.
- Hönekopp, Elmar (2002) *EU-Ostweiterung – welche Arbeitsmigration und wie viele GrenzpendlerInnen?* In: Neuss, B./ Jurczek, P./ Hilz, W. *Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen: Beiträge zu einem politik- u. regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, Tübingen*. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Occasional papers Nr. 26. 24-37.
- Huber, Peter (1998a) *Regional Impact of the EU Enlargement on Austria*. In: Pichelmann, Karl (ed.) *The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union: The Austrian View*. Wien. 333-355.
- Huber, Peter (2001) *Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung*. Teilprojekt 10 der PREPARITY Studie "Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung" (Peter Mayerhofer, Gerhard Palme, WIFO 2001)
- Huber, Peter/ Brücker, Herbert (2003) *„Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach der EU-Erweiterung“*. WIFO.
- Institut für Gewerbe- u. Handwerksforschung (1998) *Das burgenländische Gewerbe und Handwerk – Szenario 2005, Auswirkungen der EU-Osterweiterung*. Wien.
- Institut für Gewerbe- u. Handwerksforschung (2001) *Untersuchung der branchen- u. regionalbezogenen Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die oberösterreichische Wirtschaft*. Wien.
- IPE (Hg.) (2002) *Sustrain Endbericht*. Wien.
- Krieger, H. (2004) *Migration Trends in an enlarged Europe*. Draft Report. Dublin.
- L&R Sozialforschung, Österreichisches Institut für Raumplanung (2001): *REGIOLAB - Grenzüberschreitendes Arbeitsmarkt-Monitoring-System für städtische Regionen im Grenzraum Österreich - Tschechische Republik - Slowakei - Ungarn - (Polen)*. Endbericht.
- Landesmann, Michael (1999) *Intensification of East-West Relations in the Process of EU Enlargement: the Cases of Austria/Hungary, Austria/Czech Republic, Austria/Slovenia*. Rohbericht. Wien.

- Layard, R./Blanchard, O./ Krugman, P. (1992) *East-West-Migration: The Alternatives*. Cambridge, Mass.
- Lunborg, Per (1997) *The Free Movement of Labor between Sweden and the new EU-Members*. In: Ministry of Finance: A Bigger and Better Europe? Economic Effects of the EU Eastern Enlargement. Government Official Reports 1997: 156. Final Report from the Committee on the Economic Effects of EU Enlargement. Stockholm. 37-75.
- Maier, Gunther (1994) *Economic Integration in Central Europe: Cross-Border Trips in the Vienna-Bratislava Region*. Paper submitted to the first virtual conference on East-West Integration in Central Europe.
- Massey, Douglas/ Alarcon, Jorge/ Durand, Jorge/ Gonzalez, Humberto (1987) *Return to Aztlan: The Social Process of International Migration from Western Mexico*. Berkeley.
- Massey, Douglas/ Singer, Audrey (1995) *New Estimates of Undocumented Mexican Migration and the Probability of Apprehension*. In: *Demography*, Nr. 2, 203-213.
- Massey, Douglas/ Espinosa, Kristin E. (1997) *What's Driving Mexico-U.S. Migration? A Theoretical, Empirical and Policy Analysis*. In: *American Journal of Sociology*, Nr. 4, 939-999.
- Müller, Klaus/ Bang, Kathleen (2003) *Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Handwerk der grenznahen Regionen am Beispiel der Euroregion Spree-Neiße-Bober*. Kurzfassung. In: *Göttinger Handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte* 50. Göttingen.
- OECD (Hg.) (2003) *Territorial Reviews: Vienna-Bratislava*.
- Orlowski, W.M./ Zienkowski, L (1999) *Potencial Size of Migration from Poland after Joining the EU*. The Vienna Institute Monthly Report, No 2, WIIW, Februar, 8-12.
- Piore, Michael J. (1979) *Birds of Passage: Migrant Labor in Industrial Societies*. New York.
- Raphael, Steven (1998) *Intervening Opportunities, Competing Searchers, and the Intrametropolitan Flow of Male Youth Labor*. In: *Journal of Regional Science*, Nr. 1, 43-59.
- Regional Consulting ZT (2003) *JORDES+ - Gemeinsame Regionalentwicklungsstrategie für die Region Wien-Bratislava-Győr*. Kurzfassung. Wien.
- Sik, Endre (1998) *Migration Potential in Contemporary Hungary*. Strategic Task Force for European Integration, Workgroup 10. Strasbourg.
- Singer, Audrey/ Massey, Douglas (1998) *The Social Process of Undocumented Border Crossing Among Mexican Migrants*. In: *International Migration Review*, Nr. 3, 561-592.
- Sinn, Hans Werner et al. (2000) *EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte*. Berlin.
- Stark, Oded/ Taylor, J. Edward (1989) *Relative Deprivation and International Migration*. In: *Demography*, Nr. 1, 1-14. Und in: Stark, Oded (1991) *The Migration of Labor*. Oxford, 119-139.
- Stark, Oded/ Taylor, J. Edward (1991) *Migration Incentives, Migration Types: The Role of Relative Deprivation*. In: *Economic Journal*, Nr. 4, 1163-1178. Und in: Stark, Oded (1991) *The Migration of Labor*. Oxford, 140-166.
- Sujanova, M./ Sujan, I (1997) *Macroeconomic Effects of Joining the EU for a Transition Country: A Case of the Czech Republic*. Paper presented at LINK Fall Meeting, Kuala Lumpur, Malaysia, September 1997.

Taylor, J. Edward (1986) *Differential Migration, Networks, Information and Risks*. In: Stark, Oded (ed.) *Migration, Human Capital and Development. Research in Human Capital and Development. Volume 4*, Greenwich, CT, 147-171.

Todaro, J. Edward/ Maruszko, Lydia (1987) *Illegal Migration and U.S. Immigration Reform: A Conceptual Framework*. In: *Population and Development Review* 13. 101-114.

Vavreckova, Jana et al. (2002) *Das Migrationspotenzial im Grenzgebiet der Tschechischen Republik an der Staatsgrenze zu Deutschland*. Prag.

Vavreckova, Jana (2003) *Migration Potenzial of the Czech Population in the European Integration Process*. Prag.

Wallace, Clare (1998) *Migration Potenzial in Central and Eastern Europe*. Wien.

Walterskirchen, Ewald/ Dietz, Raimund (1998) *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt*. In: *WIFO Monatsberichte, Heft 8*, 531-540.

WIIW (2000) *Qualifikationsniveau von slowenischen, tschechischen und ungarischen ArbeitsmigrantInnen und ihre Position am österreichischen Arbeitsmarkt*. Wien.

Zakarias, Gerold/ Faßbender, Stephan (2003) *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in der Steiermark, Kärnten und Osttirol bis 2011*. InTeReg Working Paper No. 08-2003. Graz.

http://www.iom.int/documents/officialtxt/en/wgc_labour_migration.pdf

<http://regdat.info>